ZECK
das info aus der flora
Nr. 70 | Juni 1998

Kein Mensch ist illegal

Kein Mensch ist illegal

„Meine Freunde wußten,
daß ich kein Visum mehr hatte.
Sie hätten dringend
einen Krankenwagen für mich rufen müssen.
Aber wie sollte ich an die nötigen
Papiere kommen,
unter welchem Namen sollte
ich eingeliefert werden?
Das war total schwierig,
unlösbar."



„Plötzlich standen sie vor mir
und einer wollte
meinen Ausweis sehen.
Aber ich kam nicht mehr dazu
ihn rauszuholen.
Sie warfen mich direkt zu Boden
und drückten mir
die Kehle zu."

Menschen ohne gültige Papiere und somit ohne Krankenversicherung wird von den meisten ÄrztInnen und Krankenhausern eine Behandlung verweigert. Stattdessen müssen sie mit Denunziation und Abschiebung rechnen.

Sich ohne gültige Papiere in der Öffentlichkeit zu bewegen bedeutet: sich unsichtbar machen, nicht auffallen – aus Angst, entdeckt und abgeschoben zu werden. Selbst in ihren Wohnungen sind Illegalisierte vor Razzien nicht sicher.

Kein Mensch ist illegal

Kein Mensch ist illegal

„Ich werde noch ganz verrückt,
den ganzen Tag
allein im Zimmer herumsitzen.
Ich will einfach zur Schule gehen
und von den anderen lernen.
Einfach lernen.
Aber keine Schule
hat mich genommen."

„Ich mußte versuchen Arbeit zu finden,
um die nächste Monatsmiete zu bezahlen.
Arbeiten ist ein großes Problem,
denn jede Firma, bei der du anfragst,
will erstmal deine Papiere sehen,
immer geht's um Papiere,
Papiere ..."



Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ohne gültige Papiere wird das Recht auf Bildung abgesprochen. Die meisten LehrerInnen und RektorInnen weigern sich aus Furcht vor den Konsequenzen, Illegalisierte zu unterrichten

Um überleben zu können, sind illegalisierte Frauen oftmals zur Prostitution gezwungen. Menschen ohne gültige Papiere müssen zu schlechtesten Bedingungen arbeiten – ohne eine Garantie auf Lohnauszahlung. Sie sind schutzlos der Ausbeutung und Willkür der Vorgesetzten und KollegInnen ausgesetzt.

Impressum

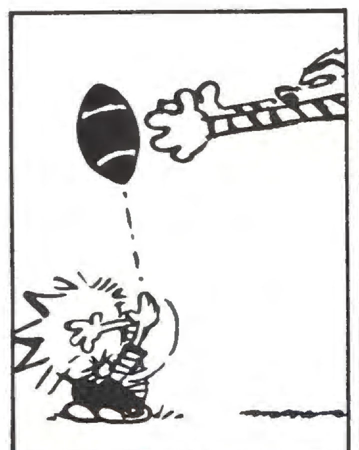
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.
Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren.
Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Peter Meyer, Bernadottestr.38 22765 Hamburg

Vorwort

Dieses Heft soll Euch viele wichtige Lesestunden im Juni bescheren - es ist prall gefüllt mit inhaltsschwangeren Texten, ohne viel layouterischen Schnick-Schnack, in formvollendeter Schönheit einer Bleiwüstenmanier. Schwerpunkt ist diesmal der Dauer-Brenner: Antifa-/Antirapolitik, dem eine neue Note gegeben wird über A: eine bei uns eher seltene Textform, nämlich einem Interview mieiner Antifa-Gruppe und B: einem Text der sich in den unpolitischen Gefilden der Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen tümmelt, um diese als politisch fatal zu entlarven.
Entschuldigen müssen wir uns für einen peinlichen Lay-Out-Fehler in der letzten Ausgabe; da ist uns nämlich irgendwie jeweils die letzte Zeile auf den Seiten mit der RAF-Auflösungserklärung abhanden gekommen. Sorry!
Bei uns entschuldigen müßte sich dagegen an sich so langsam die *interim,* die in nerviger Regelmäßigkeit unsere Zeitung mit der sexistischen und pädophilnahen Sekte ZEGG verwechselt. Das finden wir so richtig kacke (oder war`s kagge???!) und stellen nochmal fest, daß wir - auch nach der neuen Rechtschreibung - immer noch mit CK und nicht GG hinter`m ZE geschrieben werden. Alles klar?!
Aber nun genug der banalen Vor-Worteund an die Arbeit...
Fröhliches Lesen wünscht Euch Eure ZECK-Red.



INHALT:





Leider in „Ruhe und Frieden"

verstarb am 4.Mai im Alter von 93 Jahren Bundesminister a.D. Prof.Dr.Dr.Theodor Oberländer. Oberländer, 1953-60 „Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte", beteiligte sich bereits 1923 am Hitler-Putsch. Als „Abwehr"-Offizier war Oberländer verantwortlich u.a. für die Ermordung von 3000-5000 Frauen, Kindern und Greisen in der sowjetischen Stadt Lwow 1941 durch sein Bataillon „Nachtigall". Für diese und andere Untaten wurde der Schlächter Oberländer 1960 in der DDR in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Das Urteil wurde 1993 aufgehoben.

Durchsuchung I

Am 5. Mai durchsuchten Polizei und Bundeskriminalamt neun Stunden lang die Wohnung der peruanischen MigrantInnen Norma und Isaac Velazco in Hamburg. Arbeitsmaterialien wurden beschlagnahmt und die Computerfestplatte wurde kopiert. Isaac Velazco ist Europasprecher der peruanischen Bewegung Tupac Amaru (MRTA). Die Bundesanwaltschaft (BAW) wirft den Velazcos Beihilfe zu erpresserischem Menschenraub und Geiselnahme vor. Von Hamburg aus sollen sie an der Besetzung der japanischen Botschaft durch ein MRTA-Kommando in Lima im letzten Jahr beteiligt gewesen sein. Ein Haftbefehl sei nicht ausgeschlossen, erklärte ein Sprecher der BAW.

Durchsuchung II

Am 12.5. 98 wurden in der gesamten BRD 35 Läden und Wohnungen von AntifaschistInnen (bzw. deren Eltern) durch das bayrische Landeskriminalamt und diverse Polizeibehörden der betreffenden Bundesländer durchsucht. Die Staatsschutzaktion richtete sich gegen eine mutmaßliche „kriminelle Vereinigung" (§129), die sich seit spätestens 1993 ausgehend von der „Antifa Passau" gebildet haben soll. Bei den Durchsuchungen in Berlin, Hamburg, Göttingen, Passau, München, Nürnberg, Bielefeld und Mühldorf wurden Computeranlagen, Disketten, Flugschriften, v.a. aber persönliche Unterlagen, insbesondere Tagebücher und Briefe, beschlagnahmt. Mehrere Personen wurden erkennungsdienstlich behandelt. In Hamburg wurden vier Privatwohnungen durchsucht, eine der Durchsuchungen wurde ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluß durchgeführt.

Helmut Pohl endlich draußen!

Nach fast vierzehnjährigerr Haft ist Helmut Pohl aus der Haft entlassen worden. Nachdem ihm bereits im Rahmen der ärztlichen Behandlung seiner schweren Erkrankung - Folge der jahrelangen Isolationshaft - Haftunterbrechung gewährt worden war, hat nunmehr der Bundespräsident einem Gnadenersuch stattgegeben. Helmut Pohl hatte es Anfang 1997 selbst gestellt. Pohl war im Juli 1984 festgenommen worden und Ende 1986 zu einer lebenslangen Haftstrafe vereurteilt worden.
So sehr die Freilassung Pohls zu begrüßen ist, so wenig darf dabei übersehen werden, daß politische Gefangene - besonders die inhaftierten RAF-Mitglieder - offensichtlich nur dann eine Perspektive auf Haftentlassung haben, wenn ihre Gesundheit dermaßen ruiniert ist, daß den Verantwortlichen gar keine andere Wahl bleibt. Deswegen muß auch weiterhin gelten: Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!



Anwerbeversuch im Schanzenviertel

Am Montag den 27.04.1998 wurde auf dem Schulterblatt ein Mensch aus der Punk-Szene (im folgenden X genannt) von einem seriös wirkenden Mitvierziger angesprochen, ob er Arbeit suchen würde bzw. einen Job gebrauchen könne. Er würde ihn zu Tschibo einladen, da könne man in Ruhe über sein Angebot sprechen. X nahm das Angebot an. Bei Tschibo suchte er einen alleinstehenden Tisch aus, „um ungestört reden zu können" und eröffnete das Gespräch mit der Bitte, wenn X das Angebot nicht zusagen würde, daß er bitte nicht laut werden solle, sondern man sich dann auch in Ruhe trennen könne. Dann zeigte er X offensichtlich einen Behördenausweis (grüner Ausweis in Größe der Persos) und eröffnete sein Angebot: 25,- in der Stunde, bis zu 800.- steuerfrei im Monat zusätzlich zur Sozialhilfe, allerdings ohne Vertrag, würde er für Informationen aus der linken Szene bezahlen. Er könne X vielleicht auch noch weiter unterstützen, ihm eventuell eine Wohnung besorgen. Vor allem im Vorfeld von Aktionen würde er informiert werden wollen. Wenn er das Angebot annehmen würde, würde er eine Liste mit Cafes oder Kneipen bekommen, in denen er sich zu bestimmten Zeiten aufhalten müsse. X solle sich das überlegen und ihn anrufen oder er würde X erneut ansprechen. Er hat X die Telnr. 3286-2770 aufgeschrieben, darunter 'Wohnungsamt, BA Mitte', „damit X keinen Ärger bekommt, falls jemand den Zettel bei ihm sieht". Die Telefonnummer ist eine der Innenbehörde und laut Behördenverzeicnis steht die Telnr. 3286-0 sowohl für die Abteilungen 'Amt für Innere Verwaltung u. Planung', dem Einwohnerzentralamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz.

Flora Frühstück

Die Samstags-Frühstücksgruppe sucht neue MitstreiterInnen, die Lust haben beim Frühstück mitzumachen - und zwar hinterm Tresen. Wer interessiert ist, schaut samstags einfach in der Flora-Vokü vorbei!

Aktionscamp an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze

Ein breites Bündnis aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen organisiert vom 24.7. bis 2.8. ein Aktionscamp im Landkreis Görlitz. Das Camp ist einer der diesjährigen Höhepunkte der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" und wird vorbereitet von Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet sowie von vor Ort. Ziel des Sommercamps ist es, das Grenzregime am Rande der EU- und Schengenstaaten mit vielfältigen Aktivitäten, wenn nicht ins Wanken, so zumindestens zur Sprache zu bringen. Neben einem *radical rave* zum Auftakt soll es Aktionen, Diskussionen und Veranstaltungen geben zu und gegen Denunziantentum und Schlepperhetze, Kriminalisierung von örtlichen Taxifahrern, faschistischen Strukturen vor Ort und die Menschenjäger des Bundesgrenzschutzes.
Kontaktadresse: Sommercamp c/o Forschungsstelle Flucht und Migration, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

Außerdem werden vorher, vom 30.6. bis 5.7., die Antirassistischen FrauenLesben-Aktionstage stattfinden in der Region Zittau/Görlitz. FrauenLesben, die Interesse an einer Teilnahme haben, möchten sich bis zum 15.6. melden bei:
Stichwort „Sommerfrische" c/o Symbiose e.V., Kinzigstr.9, 10247 Berlin (Fax 030/29492120)
oder in Hamburg bei Cafe und Buch, Marktstr.114. Vorbereitungstreffen finden jeden Mittwoch um 20 Uhr in der Chemnitzstr. 3-5 statt.

Wir tauchen auf! Demonstration in Düsseldorf

Mit Unterstützung der Kampagne *Kein Mensch ist illegal* protestieren seit Januar über 130 kurdische Flüchtlinge in mehr als zwanzig evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Nordrhein-Westfalens gegen ihre angedrohte Abschiebung. Die Kampagne kämpft gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen und für ihr Bleiberecht, kämpft gegen Ausgrenzung und gegen die menschenrechtsfeindlichen Maßnahmen zur Reduzierung von „Ausländern" in Deutschland und in der Festung Europa.
13. Juni 98, 12 Uhr Schadowplatz (Düsseldorf)

Schanzenviertelfest 1998

Am Samstag, den 18. Juli 98 soll das diesjährige unkommerzielle Schanzenviertelfest stattfinden. Alle Gruppen, Initiativen und sonstigen Interessierten sind herzlich eingeladen, sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Das 2. und 3. Vorbereitungstreffen findet am 4. bzw. 16.06. jeweils um 19.00 Uhr in der Flora (Volxküche) statt. Um rege Teilnahme wird gebeten!

Akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen oder Faschismus ist kein Jugendproblem

Dieser Text soll eine kritische Betrachtung der bisher weit verbreiteten pädagogischen Bemühungen um rechte Jugendliche sein. Die Motivation dafür entstand beim Lesen der Broschüre „Rosen auf den Weg gestreut..., Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen" (herausgegeben von norddeutschen Antifagruppen), die sehr illustrativ den negativen Verlauf solcher pädagogischer Projekte beschreibt. In diesem Text werden die Kritikpunkte aus der Broschüre und noch einige andere, sowie eine Kurzbeschreibung gegenläufiger Auffassungen im Diskurs um die akzeptierende Sozialarbeit, dargestellt.

Vor einigen Jahren, als rassistische Angriffe und Übergriffe seitens jugendlicher Horden in kaum zählbarer Folge sich auszuweiten begannen, war damit der existierende Rassismus in der BRD-Gesellschaft nicht mehr zu verschleiern; Deutschland kam (insbesondere außenpolitisch) in argen Erklärungsnotstand. An diesem Punkt entzündete sich eine allgemeine Diskussion über „das Phänomen der rechten Jugendlichen", in der sich ziemlich schnell darauf geeinigt wurde, daß es sich bei diesen Jugendlichen um fehlgeleitete, frustrierte, chancenlose Menschen mit schlimmer Kindheit handele, um Modernisierungsopfer. PolitikerInnen aller Parteien, SozialwissenschaftlerInnen und die „guten deutschen BürgerInnen" bringen bei dieser Thematik einen sonst selten zu erreichenden Konsens zustande.

Die Eskalation rassistischer und faschistischer Gewalt konnte mit diesem simplen Erklärungsansatz subjektiviert, individualisiert und damit entpolitisiert und verharmlost werden: die Täter sind eigentlich Opfer und Opfer brauchen Hilfe - so das Leitmotiv der daran anschließenden Expansion auf dem Gebiet Streetwork und akzeptierende Sozialarbeit mit diesen Jugendlichen. Konkret heißt das hier: Jugendliche, die sich in rassistischen Horden zusammentun, aufzusuchen und ihnen mit unabdingbarer Akzeptanz zu begegnen und ihnen Hilfe zur Verbesserung ihrer sozialen Situation anzubieten. Soziale Benachteiligung und Desillusionierung - so die Annahme hier - soll nämlich hauptsächlich verantwortlich für die rechte Orientierung so vieler Jugendlicher sein. Damit ist in den bisher umgesetzten Modellen dieser Art ausdrücklich nicht verbunden, die rassistischen und faschistoiden Überzeugungen zu thematisieren oder gar zu hinterfragen, oder auf die Jugendlichen einzuwirken und rechte Denkmuster aufzubrechen. „Keine Gewalt" ist eine allgemeine Bedingung dieser sozialarbeiterischen Modelle, die Begriffsbestimmung von Gewalt ist dabei jedoch sehr, sehr eng gefaßt.

„Die akzeptierende Sozialarbeit hilft aus Reih und Glied gestolperten jungen Deutschen in die Marschformation des neuen Deutschland zurück. Sie will >>normale<< Deutsche aus den Jugendlichen machen, sie in die Gesellschaft integrieren. (...) Sie verharmlost das Problem des Rechtsradikalismus zu einem Problem der Auffälligkeit. Und die Auffälligkeit ist das Einzige, womit sie Probleme hat."[1]

Soweit die konzeptionelle Kurzkritik zu den bisher in der Regel stattfindenden Modellen akzeptierender Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Was aber sind die konkreten Folgen dieses verharmlosenden Umgangs mit den jugendlichen Auswüchsen des gesellschaftlichen Rassismus in der BRD? Und vor allen Dingen, soll dies der einzig mögliche Weg im Rahmen von pädagogischer Behandlung der Thematik sein?

Daß das oben kritisierte Konzept dieser Art von akzeptierender Sozialarbeit, die Problematik rechter Orientierung Jugendlicher Einhalt zu gebieten, nicht aufgegangen ist, erübrigt sich hier weiter auszuführen, angesichts der Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt (20-30% des DVU-Wählerpotentials waren dort Jung- und ErstwählerInnen) und der Tatsache der anhaltenden und wachsenden Zahl rassistischer Übergriffe. In der oben zitierten Broschüre werden recht detailliert Erfahrungen und Entwicklungsverläufe von staatlich geförderten und sozialarbeiterisch betreuten rechten Jugendcliquen in Norddeutschland beschrieben. Sie alle führen aus, wie diese Art akzeptierender Sozialarbeit bestehende rechte Organisierung stabilisieren und zur Erweiterung dieser sogar noch beitragen. Am Beispiel Tostedt wird besonders gut deutlich, wie sich Nazi Kader (in diesem Fall Personen wie z.B. Sascha-Oliver Bothe und Sven Ole-Rehse, die Mitglieder der mittlerweile verbotenen FAP waren) über die Bereitstellung öffentlicher Mittel und eines Streetworkers weiter organisieren und etablieren konnten. Seit 1995 wurde mit der Arbeit von StreetworkerInnen der RESO-Fabrik vom Gemeinderat Tostedt ein Modell initiiert, welches sich gegen „politischen Extremismus" richten sollte. Anlaß waren zwar hauptsächlich die Naziaktivitäten in Tostedt, doch wie allgemein üblich, wird bei dieser Thematik zwischen links und rechts nicht unterschieden, sondern alles in einen, den Topf des „politischen Extremismus", geworfen. Der Streetworker Bernd Rutkowski suchte den Kontakt zu eher links orientierten Jugendlichen im Jugendzentrum, stellte aber von Anfang an zur Bedingung, daß diese sich mit den Nazis zusammen- , oder (um im pädagogischen Jargon zu bleiben:) auseinandersetzen müßten und sich andernfalls nicht zu beschweren hätten. Die Vorstellung, daß es Menschen gibt, die aus politischer Überzeugung Nazis zu bekämpfen finden und mit ihnen nicht an einem Tisch sitzen wollen, war/ist Rutkowski offensichtlich gänzlich unbekannt. Konsequenz daraus war die Diffamierung „der Linken" in der Öffentlichkeit als „nicht-gesprächsbereit" und von daher das eigentliche Problem. Der Kristallisationspunkt rechter Organisierung bildete sich dann im Jugendraum Handeloh, der auch vorher schon von den Nazis genutzt wurde; jetzt bekamen sie eine noch bessere Legitimation ihrer Bündelung dort: akzeptierende Sozialarbeit wurde installiert. Sowohl organisierte, radikale und gewalttätige Nazis, als auch „nur rechtsorientierte" Jugendliche und Jungerwachsenen hatten ab diesem Zeitpunkt städtisch abgesicherte Räumlichkeiten. Die Angriffe der Nazis wurden mehr, antifaschistische Gegenwehr wird immer noch und immer wieder als eigentlich zu bekämpfender Aggressor denunziert.[2]

---

[1] aus: „Rosen auf den Weg gestreut..." S.2

[2] ausführlicher s. dazu „Rosen auf den Weg gestreut..." S.8-11



An diesem Beispiel wird deutlich, wie die akzeptierende Sozialarbeit Verantwortlichkeiten verschiebt, der Ausbreitung von Nazis und rechten Denk- und Handlungsmustern Vorschub leistet und damit hilft, rechte Ideologien hoffähig zu machen. Rechte Orientierung und Gewalt dient als Beleg dafür, hilfsbedürftiges Opfer zu sein und gehegt und gepflegt, aber keinesfalls in die Verantwortung gezogen zu werden.

„Die Kids von der Straße zu kriegen" ist das Ziel dieser Sozialarbeit; die Nachbarschaft freut sich und findet sich in ihrer Meinung bestätigt, daß „unsere Jugendlichen" doch eigentlich gar nicht schlecht sind. Lose organisierten Jungnazis werden behördlich geförderte Zentren zur Verfügung gestellt, in denen sie faschistische Ideologien und Rituale ungestört pflegen und ausbauen können. Das Motto dabei: „So lange sie unter Aufsicht sind, können sie keine Häuser anzünden." - daß sie es trotzdem tun, wenn sie nicht unter Aufsicht sind, erschüttert diese Konzeption nicht. Ebenfalls schlägt bislang nicht kritisch zu Buche, daß faschistische Kader und Parteien diese Bündelung loser Strukturen zur Rekrutierung und weiteren Organisierungsbemühungen nutzen. Fakt ist, daß zu dem erklärten Programm neonazistischer Parteien die Anwerbung und Anbindung Jugendlicher gehört; diese ist sehr niedrigschwellig und jugendnah angelegt, um eventuelle Hemmschwellen gleich >locker< abzubauen. Seien es die Fülle von Propagandamaterial für Jugendliche, das z.B. die JN bereithält, oder die Kontaktierung Jugendlicher über Musikveranstaltungen und dazugehörigen Fanzines - es ist unbestreitbar, daß „Jugendarbeit" ein großes Betätigungsfeld neonazistischer Organisierungen darstellt.

Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in Gesamtdeutschland zeigt, daß diese Bemühungen auf äußerst fruchtbaren Boden fallen. Versuche antifaschistischer Gruppen der oben benannten faschistischen Rekrutierung entgegenzuwirken, verlieren immer mehr an Effektivität, weil die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz rechtsradikaler Ideologien, auf die neonazistische und faschistoide Organisierungen zurückgreifen können sich stetig ausweitet. Dem wird dadurch Vorschub geleistet, daß in den Erklärungsmodellen (zu) vieler (Sozial-) WissenschaftlerInnen, die Entscheidung Jugendlicher, sich rechts zu orientieren/organisieren vollständig individualisiert und entpolitisiert wird. Rassismus und Faschismus unter der Subsumierung „Jugendproblem" bzw. „Resultat von Modernisierungsopfern in der Risikogesellschaft" zu betrachten, wie auch von angesehenen Wissenschaftlern wie Wilhelm Heitmeyer und Beck - wenn auch natürlich weitaus differenzierter, von der Leitlinie her aber dennoch hier vergleichbar - verkennt die Ursachen des Rechtsextremismus, zu finden in der gesellschaftlichen Mitte. Außerdem werden in solchen rein sozialwissenschaftlichen Ansätzen die historische Einbettung des neuen Faschismus in der BRD unzulässigerweise vollständig ausgeblendet. Sich dem jedoch im wissenschaftlichen Diskurs um diese Thematik nicht zu stellen, verschiebt die Diskussion in den Bereich individuellen Verhaltens und weitergehend in eine subjektivierte Defizit-Theorie. Ein solcher Ansatz ist fatal, da er außer acht läßt, daß die betrachteten Subjekte sowohl eigene Intentionen und Entscheidungskriterien, als auch eine eventuell andere Eigenwahrnehmung ihrer persönlichen Ausgangslage haben. Rechtsradikale Orientierung muß, gerade auch aus dem Blickwinkel von Anhängerinnen akzeptierender Sozialarbeit, als <u>Entscheidung für diese</u> und nicht eine andere Richtung ernst genommen und hinterfragt werden. Erklärungsansätze, die versuchen einen monokausalen Bedingungsrahmen zu konstruieren, werden immer nur begrenzt übertragbar sein, da die subjektiven Gründe, die zu einer <u>Entscheidung</u> nach rechts hin führen, nicht zu pauschalisieren sind. Soziale und gesellschaftliche Bedingungen in den Vordergrund bei Erklärungsversuchen jugendlicher rechter Gewalt zu stellen ignoriert die Tatsache, daß Faschismus ein gesamtgesellschaftliches und politisches und kein jugendspezifisches Problem ist.

Wenn denn überhaupt die Annahme als überzeugend angesehen wird, daß mensch sich der Problematik rechtsradikaler Jugendlicher pädagogisch nähern sollte/könnte/müßte, heißt das für die konkrete pädagogische Arbeit mit rechten Jugendlichen eine permanente, kontinuierliche Auseinandersetzung und Konfrontierung mit den zu beobachtenden Formen rassistischer, sexistischer und anderer ausgrenzender Handlungen und Denkmustern; und diese auch offensiv zu suchen, anstatt das Ziel zu verfolgen ruhig zu stellen, zu integrieren (in die Normalität, den Rassismus der gesellschaftlichen Mitte) und unauffällig zu halten. Der Begriff der Akzeptanz heißt nicht automatisch unkritisch und unpolitisch zu sein, vielmehr kann (und wird) er auch in anderen pädagogischen Bereichen nur in Verbindung der Thematisierung von Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung gesehen. Dabei gibt es bestimmte (meist humanistisch begründet, aber durchaus auch politisch füllbare) Grundregeln menschlichen Zusammenlebens, die bei Nichteinhaltung auch zur „Ausgrenzung" führen. Pädagogische Förderung von Selbstbestimmung muß die AdressatInnen in die Verantwortung nehmen, demnach versuchen zu erklären, aber nicht zu entschuldigen. Stützpfeiler einer solchen akzeptierenden Pädagogik müssen klare Arbeitsprinzipien und die deutliche und ehrliche Bestimmung der Grenzen pädagogischen Handelns bei gesamtgesellschaftlichen Problemen sein.

Jede Art von Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen, die nicht klar und offen antifaschistisch ausgerichtet ist und durchgeführt wird, die nicht in die Konfrontation gegen rechte Denk- und Handlungsmustern bei Jugendlichen tritt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, dazu beizutragen, die schon schnell mahlenden Mühlen rassistischer und faschistischer Neuformierung dieser Gesellschaft voranzutreiben.

Pest A. Lozzi



Zum Schluß noch mal der ausdrückliche Hinweis auf die hier mehrmals zitierte Broschüre „Rosen auf den Weg gestreut...", da sie hauptsächlich Impulsgeberin für diesen Text war. Sie ist erhältlich unter
rat - reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46
20357 Hamburg
kostet: DM 5

Gespräch mit zwei Hamburger Antifaschisten

Kurz vorweg zum folgenden Interview: Eigentlich war es unser Anliegen als auch das der jetzt am Gespräch beteiligten Gruppe, eine Diskussion zum Thema Antifaschismus mit möglichst vielen Gruppen zu führen, um zu einzelnen Fragen auch kontroverse Meinungen zu haben. Leider blieb es trotz anderer Zusagen bei der Teilnahme nur einer Gruppe. Das Gespräch hat somit keinen repräsentativen Charakter für Hamburger Antifa-Politik und soll nicht als abgeschlossene Sache stehen bleiben, sondern als Anregung und Anfang weiterführender Diskussionen dienen. (Dies ist auch expliziter Wunsch der beteiligten Antifa-Gruppe). So, und jetzt viel Spaß beim lesen.

Frage: Ihr organisiert euch als Antifas. Daher zu Beginn die Frage nach eurem Begriff von Antifaschismus.

Arne: Fangen wir erstmal mit Faschismus an: Faschismus sehen wir als eine Herrschaftsform in der kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft, der zusammengeht mit strukturellem Faschismus. In der Geschichte der faschistischen Massenbewegung hatten diese Massen nicht nur oder in erster Linie kapitalistische oder industrielle Interessen. Faschismus ist nicht nur ein Herrschaftsinstrument, sondern auch ein kultureller Ausdruck innerhalb einer Gesellschaft, im Umgang miteinander usw. Dieser kulturelle Ausdruck läßt sich nicht allein auf das Herrschaftsinstrument Faschismus reduzieren, sondern hat seine eigenen geschichtlichen Wurzeln.

Frage: Ihr mein also nicht, daß das, was ihr „strukturellen Faschismus" nennt, ein Resultat des kapitalistischen Herrschaftssystems ist?

Bert: Nein, das müßte eher parallel gesehen werden, das bedingt sich gegenseitig. Auf der einen Seite der ökonomische Aspekt – Faschismus als Herrschaftssicherung – auf der anderen Seite der Wille in der Bevölkerung oder dem "Gemeinwesen", sich darin wiederzufinden. In Deutschland fußt der Herrschaftsmechanismus auf dem Rassismus und auf dem Patriarchat, die latent in der Gesellschaft vorhanden sind. Patriarchat und Rassismus werden nicht von oben, von einem Herrscher o.ä. angeordnet, sondern sind latent vorhanden und werden dann als Herrschaftsmittel benutzt, die wiederum von der Bevölkerung aufgenommen und weiterbenutzt werden. So nimmt das eine gemeinsame Entwicklung.

Frage: Auf welche theoretischen Analysen bezieht ihr euch bei eurer Arbeit?

Bert: Wir haben darüber lange diskutiert und festgestellt, daß wir an diesem Punkt eine Monokausalität ablehnen. Wir beziehen uns beispielsweise nicht auf die Faschismusanalyse von Dimitroff, weil dort monokausal nur ein bestimmter Aspekt herausgegriffen wird, der vielleicht seine Berechtigung hat, aber enorme Defizite in anderen Bereichen. Wenn man es materialistisch sieht, geht diese Analyse von der Existenz von Klassen und Klassenkämpfen aus und vernachlässigt sowas wie die Kulturgeschichte der Nation – und darum gehts ja im Faschismus. Wir denken, Faschismus kann man nicht mit einer einzelnen Analyse erklären, sondern muß das als Gesamtkomplex sehen. Dazu gehört auf der einen Seite die Geschichte des Faschismus als Herrschaftsform, mit seinen Ursprüngen vielleicht in der Aufklärung und in der Geschichte der Herausbildung von Nationen. Ökonomische Aspekte sind dabei nur eine Seite, die andere Seite ist Herrschaftssicherung im allgemeineren Sinne, dazu gehört dann auch die Bedeutung der Kirche oder die bürgerliche Gesellschaft an sich.

Arne: Die europäischen Staaten sind ja alle kapitalistisch. In England oder Frankreich gab es aber keine Herausbildung des Faschismus wie in Italien, Deutschland oder Spanien. Das hat m.E. damit zu tun, wie gesellschaftliche Umbrüche in den jeweiligen Staaten vollzogen wurden, wieweit eine – wenn auch bürgerliche – Revolution, eine Umstürzung von gesellschaftlichen Verhältnissen stattgefunden hat. In der deutschen Geschichte wurde ja auch vor dem Hintergrund einer Frankophobie gegen die Idee einer bürgerlichen Revolution gearbeitet; daraus entstand eine sich den Autoritäten anpassende Gesellschaftsbewegung.

Frage: Für eure Arbeit und Diskussionen spielen theoretische Bezüge demnach also durchaus eine wichtige Rolle, nur lehnt ihr es ab, euch auf eine einzige Theorie zu beziehen?

Arne: Bei den rassistischen Pogromen seit Anfang der 90er wurde die Wechselbeziehung zwischen dem Mob auf der Straße einerseits und der herrschenden Politik in Form von Gesetzen andererseits ja deutlich.

Bert: Für unsere praktische Arbeit spielt die Faschismusanalyse aber keine primäre Rolle. Entscheidender für unsere Motivation, gegen Nazis und Faschismus zu kämpfen, ist unser Wissen um den Holocaust und das Wissen, wie in der BRD in den letzten 50 Jahren mit dem Holocaust umgegangen wurde. Zunächst ist da also bei uns die Motivation, das Leugnen des Holocaust und Verbreiten von Antisemitismus nicht zulassen zu wollen. Wenn wir dann darüber diskutieren, können wir anfangen verschiedene Faschismusanalysen herauszuarbeiten und dazu in Zusammenhang zu setzen.

Auch deshalb finden wir rein materialistische Ansätze defizitär, weil Aspekte wie Antisemitismus und daß es nur in Deutschland einen Holocaust gab, dabei vernachlässigt werden. Da ist es dann wichtig, sich anzugucken, wie in Deutschland mit Herrschaft umgegangen wird und was hinter den propagierten Werten wie Freiheit oder Gemeinwesen denn eigentlich steht. Den Nationalsozialismus konnte es nur deshalb geben, weil er in der Bevölkerung breit akzeptiert worden ist. Wir glauben nicht, daß im Faschismus eine böse Bande von Nazis das antifaschistische Volk verführte oder unterdrückte.

Arne: Faschismus ist eine zutiefst reaktionäre Struktur, die das Leben verneint und alles Fortschrittliche und Andersseiende vernichten will. Faschismus ist die Spitze dessen, was sich an reaktionären Strukturen in der Gesellschaft herausbildet.

Frage: Ihr habt den deutschen Faschismus betont. Hat euer Selbstverständnis als Antifa-Gruppe einen starken Bezug auf den deutschen Faschismus?

Bert: Wir sprechen nicht vom deutschen Faschismus sondern vom Nationalsozialismus, denn der Begriff Faschismus ist ja eher ein theoretisches Gebäude. Natürlich ist der Nationalsozialismus prägend für alles, was mit Politik zu tun hat in der BRD. Klar, es gibt keinen Nationalsozialismus in der BRD heute. Das war eine historische Epoche von '33 – '45, und die ist mit dem 8. Mai '45 beendet gewesen, und deswegen werden wir auch keinen Nationalsozialismus wieder haben. Deshalb reden wir auch nicht davon, es gäbe ein neues '33; aber die Auswirkungen des Nationalsozialismus bestehen natürlich fort.

Arne: Die Ursprünge des Faschismus kann man in der kapitalistischen Gesellschaft und im Militarismus sehen, deswegen bedeutet Antifaschismus für uns nicht bloße Anti-Nazi-Arbeit. Antifaschismus ist auch gegen die Vorstellungswelt von Kapitalismus und Militarismus gerichtet, als das, was der Boden, der Background von Faschismus ist. Das unterscheidet uns auch von z.B. Juso-Gruppen, die auch Antifa-Arbeit machen, aber diesen grundgesellschaftlichen Aspekt meiner Meinung nach ausklammern.

"Nach der Pogromwelle Anfang der 90er hat sich vieles verändert. Die Grenzen dieser aufklärerischen Antifa-Arbeit wurden deutlich"

Frage: In unserer Wahrnehmung bedeutete Antifa-Arbeit schwerpunktmäßig das Aufdecken und Bekämpfen faschistischer Strukturen. Die Recherchearbeit hatte zum Ziel, einzelne Führungspersonen öffentlich zu machen und anzugreifen. Welche Bedeutung hat eine solche Recherchearbeit heute noch für euch vor dem Hintergrund

der Verankerung des Rassismus in der Bevölkerung?

Bert: Da hat es in den letzten Jahren Umbrüche gegeben. In unserer früheren Antifa-Arbeit hatte das aufklärerische Moment eine große Bedeutung, weil es damals eine Mobilisierung gab. Informationen über Strukturen, Inhalte und Ziele der Nazis – z.B.Leugnen des Holocaust, Übergriffe auf MigrantInnen, Homophobie – erzeugten eine antifaschistische Mobilisierung solange es eine linke oder antifaschistische Hegemonie in der Gesellschaft gab. Nach der Pogromwelle Anfang der 90er hat sich vieles verändert. Die Grenzen dieser aufklärerischen Antifa-Arbeit wurden deutlich. Was wir aber weiterhin betreiben, ist das Aufdecken und Darstellen von faschistischen Strukturen, explizit natürlich anhand von militanten Nazis, weil die sich auf dreisteste Weise direkt auf den Nationalsozialismus berufen. Solchen Nazis darf man keinen Platz und keinen Raum lassen, die muß man wirklich bekämpfen mit allen Möglichkeiten die man hat.

Arne: Wir sind natürlich immer noch an Nazistrukturen dran, weil durch diese Strukturen inzwischen immer mehr ganz konkret die Lebenswelt von vielen Leuten beeinträchtigt werden, bzw. diesen weder Raum noch Entfaltungsmöglichkeiten gelassen werden. In vielen Gegenden im Osten oder auf dem Land um Hamburg herum haben die Nazis die Hegemonie auf den Straßen, so daß Menschen, die sich dagegen wehren, in ihrem Überleben bedroht sind, von Nicht-Deutschen ganz zu schweigen. Deswegen beschäftigen wir uns auch weiterhin stark mit den konkreten Kaderstrukturen der Nazis, auch wenn wir sehen, daß unabhängig davon ein rassistischer Grundkonsens in der Gesellschaft existiert.

Frage: Hat sich eure Praxis in den letzten Jahren verändert?

Bert: Wir sind an die Grenzen unserer Antifa-Arbeit gekommen, weil es nicht mehr reicht, ein Flugblatt zu schreiben: "Der Nazi X wohnt in Y und macht das und das", weil mittlerweile die Reaktion oft ist "Na und?". Das meinte ich mit Hegemonie: Der grundsätzliche Rassismus ist nicht mehr ächtbar, sondern wird gesellschaftlich toleriert. Gerade die rechten Jugendbewegungen sind weit verbreitet; es ist normal "deutsch" und rassistisch zu sein, auf die mega-patriarchalen und -reaktionären Werte zu stehen. Das wird gar nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt, deswegen können wir mit der rein aufklärerischen Arbeit nicht an Boden gewinnen.

Frage: Welche Bedeutung haben die Kader in der faschistischen Bewegung heute noch?

Bert: Leute wie Worch oder Wulff hier in Hamburg, das sind die vehementesten oder militantesten, offensivsten Prediger des Nationalsozialismus, da hat sich wenig dran geändert. Das heißt natürlich auch, daß die in bestimmten Bereichen am intensivsten im Fokus unserer Arbeit stehen. Z.B. hat sich die Politik der Nazis im "Bündnis Rechts" in Lübeck in ihren Modellen oder Ideologien nicht wesentlich unterschieden von der Politik der ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten - in den 80ern bundesweit agierende Fascho-Organisation, d. Red.) Anfang der 80er Jahre. Was sich geändert hat, ist die gesellschaftliche Relevanz. Durch die Bündnisse z.B. mit den Reps sind sie zu einem tolerierten Politikfaktor bei den Wahlen geworden. Kühnen dreht sich wahrscheinlich vor Freude im Grabe um bei dem was in Lübeck möglich war mit dem "Bündnis Rechts". Dagegen vorzugehen ist ein primäres Interesse unserer Antifa-Arbeit.

Arne: Die Nazi-Kader sind hier in der Region maßgeblich bei der Organisierung der rechten Szene und versuchen eine Logistik aufzubauen. Im Unterschied zum Osten, wo die Faschisten zu einer Jugendkultur geworden sind und weitaus unorganisierter sind, als die alten Kader aus dem Westen. Aber auch dort versuchen sich die Organisierten dieser braunen Subkultur zu bemächtigen und sie in eine politische Bewegung umzuwandeln.



Frage: Versuchen die alten Kader aus dem Westen also dort zu rekrutieren?

Bert: Nein, das würde ich so nicht sagen. Ich glaube eher, daß z.B. die militanten Kader rund um Hamburg ganz klar ihre politischen Grenzen sehen. Diese Grenzen ergeben sich daraus, daß sie sich ganz klar auf den Nationalsozialismus berufen und ihr primäres Arbeitsfeld auch ist, ganz offensiv nationalsozialistische Politik zu machen. Sobald die zu groß werden, werden sie staalicherseits mit Repression überzogen. Im Osten ist es eher so, daß durch die Existenz der rechten Hegemonie weniger die Verfechter des NS sondern eher Organisationen wie die NPD Erfolg haben: Das ist eine "demokratische" Partei, die als solche toleriert ist, und da findet eine andere Form der Rekrutierung statt. Dort werden die Nazis Parteimitglied und genießen eine Massenakzeptanz dadurch, daß sie in eine scheinbar halbdemokratische Partei eingebunden sind. Hier im Westen gibt es viel mehr die Tradition der Kühnen-Politik: Ganz offensiv Nationalsozialismus predigen, ganz offensiv auch militant das zu predigen, mit dem Wissen: "Na gut, dann werden wir halt verboten, kommen Leute von uns in Knast. Dann kommen sie wieder aus dem Knast und machen weiter." Die sind viel überzeugter von dem Nationalsozialismus, wohingegen es im Osten mehr sowas wie eine braune Grundsuppe gibt.

Arne: Es wird von staatlicher oder gesellschaftlicher Seite auch nie anerkannt, daß es sich dabei um Faschismus handelt. Das sind dann Jugendliche mit Problemen, die Probleme muß man bearbeiten. Dafür werden dann sozialarbeiterische Modelle erarbeitet, bloß daß Faschismus kein Jugendproblem ist.

Frage: Wir kommen nachher noch einmal auf die faschistische Mobilisierung im Osten zurück. Zuerst würde ich aber gerne nochmal konkret danach fragen, was es für eure Arbeit bedeutet, wenn ihr die Relevanz des rassistischen Grundkonsens erwähnt oder die "braune Suppe"? Wo ist euer Schwerpunkt oder der rote Faden?

"Es geht darum, diejenigen zu unterstützen, die vom rechten Terror betroffen sind..."

Arne: Da ist zum Einen die Organisierung mit bundesweiter Vernetzung um gemeinsame Arbeit zu machen. Zum anderen ist Antifaschismus anders als noch in den 80er Jahren zum Mobilisierungspunkt

für viele Jugendliche geworden als Jugend- und Identifikationskultur. Wir unterstützen vor Ort die Jugendlichen, die anfangen, sich gegen die Faschisten zu wehren. Die tun das ja aus ganz unterschiedlichen Interessen, z.B. weil sie sich außerhalb der reaktionären Norm stellen wollen. Daraus entsteht dann schnell sowas wie eine antifaschistische Jugendkultur.

Frage: Das heißt, mit den Jugendlichen zusammen Demos zu organisieren oder Nazis anzugreifen?

Bert: Ein Teilbereich unserer Arbeit, einer unserer Schwerpunkte ist es, Jugendliche zu unterstützen, die sich aus persönlicher Betroffenheit heraus gegen Nazis wehren. Diese Betroffenheit haben wir natürlich nicht, in unserem "Szeneviertel" müssen wir keine Angst vor Nazis haben. Das ist natürlich bei Jugendlichen außerhalb des "Viertels" wesentlich existentieller. Bei der Lübecker Demo war das für die Antifa-Gruppen Hamburgs und Schleswig-Holsteins ein Schwerpunkt, der über mehrere Monate die Arbeitsgrundlage war. Ich glaube allerdings, wie du auch eben angesprochen hast, daß Antifa oft erstmal sowas ist wie eine Jugendkultur, weniger eine politische Bewegung, wie wir uns begreifen. Es geht da erstmal mehr darum, sich zusammenzutun, weil man vielleicht Bock hat auf bunte Haare oder auf Punk oder auf Subkultur und daß dies nicht toleriert wird und die Jugendlichen Angst haben müssen, das zu leben in ihrem Dorf. Langfristig hoffen wir natürlich auf eine Politisierung, daß es nicht mehr ein reiner Existenzkampf ist um Platz für die eigene Subkultur, sondern daß sich daraus eine politische Bewegung entwickelt.

Arne: Faschismus geht nicht durch Jugendarbeit weg, aber wo es eine einigermaßen funktionierende linke Szene gibt, können die Nazis in der Öffentlichkeit auf der Straße keine solche Stärke erlangen. Es geht darum, diejenigen zu unterstützen, die betroffen sind, die sich organisieren wollen dagegen. Betroffen sind natürlich nichtdeutsche MigrantInnen, auch wenn es meist nicht deren Interessenlage ist, dazu was zu machen. Aber wenn man die unterstützt, wenn die stark oder stärker werden, hat der Faschismus vor Ort nicht so eine Macht.

Frage: Wie sieht das nun aus mit der antifaschistischen Jugendkultur? Würdet ihr uns zustimmen, daß sich nach '90 oder '92 eine antifaschistische Teilbereichsbewegung herausgebildet hat mit einer vermeintlich Antifa - Identität, die nur noch relativ wenig Bezugspunkte zu anderen linken Teilbereichsbewegungen hat?

Bert: Außerhalb von Hamburg finde ich es schwierig von "autonomer Bewegung" zu sprechen. Ich denke tatsächlich, daß dort das Verbindende oft ist, die Nazis "doof" zu finden oder Punkmusik hören zu wollen oder bunte Haare zu haben, weil man die Werte der Eltern oder den Konsens im Dorf ablehnt. Wenn wir versuchen, Politik zu machen, die über den Tellerrand der eigenen Betroffenheit hinaus geht, stößt das schnell an seine Grenzen, weil es die Bewegungen der 80er oder Anfang der 90er heute kaum noch gibt. Antifa ist für viele eine Jugendbewegung.

Frage: Uns fällt immer wieder auf, daß es von Seiten der organisierten Antifas wenig oder nahezu keine Beteiligung an antirassistischen Kampagnen wie z.B. "Kein Mensch ist illegal" oder an den Diskussionen und Aktionen zum Thema "Vertreibung aus der Innenstadt" oder der Bullenpräsenz rund um die Rote Flora und der Vertreibungen und Hatz auf vermeintliche und tatsächliche Drogendealer gibt. Warum läßt das Interesse der Anifas nach, sobald es nicht um den klar fixierten Feind Stiefelnazi oder bösen Staat geht?

Bert: Ich glaube auch, daß das ein Defizit der Antifa ist. Wir verstehen unsere Gruppe nicht explizit als Antifa, sondern aufgrund unserer Geschichte als Autonome, die ihren Schwerpunkt auf Antifa gelegt haben. Wir haben den Anspruch, uns auch an anderen Teilbereichskämpfen zu organisieren. Eine Verbindung von Stiefelnazis zu z.B. Vertreibungsgeschichten ist natürlich existent, aber innerhalb der expliziten Antifa-Szene wird die nicht gezogen. Da braucht es m.E. Arbeit, über die Antifa-Orientierung eine politische ...

Arne: ... gesellschaftliche Praxis zu finden. Das hat was mit dem Politisierungsgrad zu tun, wieweit Antifa über Betroffenheitspolitik hinausgeht, inwieweit antifaschistische Arbeit als Teil der gesamtgesellschaftlichen Linken begriffen wird.

"Viele verstehen sich heute vom politischen Ansatz her nur noch als Antifas und wollen innerhalb von Antifaschismus verschiedene andere Widersprüche klären, was dann oft nicht funktioniert"

Bert: Der Grund dafür liegt m.E. darin, daß es einen Politisierungsbruch gegeben hat Anfang der 90er Jahre. Das hat viel mit der Organisierungsdebatte zu tun gehabt, daß es bei vielen Antifas zunächst eine Ablehnung der autonomen Szene gegeben hat. Darüber wurde ja auch viel diskutiert und geschrieben. Ende der 90er Jahre stehen wir nun vor dem Ergebnis dieser Ablehnung.

Wir haben das so diskutiert, daß es eigentlich zwei Ebenen von Antifas gibt. Viele verstehen sich aufgrund ihrer Geschichte oder ihrer Politisierung als Teil der autonomen Szene, haben in ihrer Arbeitsweise auch viele Erfahrungen übernommen, die sie als Autonome gemacht haben, und machen Teilbereichsarbeit-Antifa – wir verstehen uns so, wenn auch mit Brüchen und Widersprüchen. Auf der anderen Seite verstehen sich viele Gruppen explizit als Antifa und das ist ihr Politisierungsansatz. Diese Gruppen glauben, mit Antifaschismus eine politische Alternative zum bestehenden Gesellschaftsystem bieten zu können, und das glauben wir nicht. Wir glauben, Antifa ist Teilbereich und Ausdruck unserer praktischen Politik, weil wir uns dafür entschieden haben. Wenn wir uns anders entschieden hätten. könnten wir heute genausogut Stadtteil- oder Antirassismusarbeit machen. Das war mehr eine individuelle Entscheidung. Viele verstehen sich heute vom politischen Ansatz her nur noch als Antifas und wollen innerhalb von Antifaschismus verschiedene andere Widersprüche klären, was dann oft nicht funktioniert. Politikansätze wie von der AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) weisen Defizite auf, die können Widersprüche nicht über den Begriff Antifaschismus klären.

Ende der 80er/Anfang der 90er gab es nicht so einen großen Unterschied zwischen Antifa- und Antirassismus-Arbeit. Dann begann eine neue Antirassismus-Diskussion nach den Erfahrungen der Pogrome, in denen sich ein neues Verständnis von Antirassismus entwickelt hat. Diese Entwicklung wurde nicht mehr von der linken Szene gemeinsam vollzogen, sondern da gab es Brüche. Die Antirassismus-Arbeit wurde weiterentwickelt und bildet heute einen komplett eigenen Bereich, wo es wenig Überschneidungen mit der Antifa gibt. Und Antifa hat sich genauso weiterentwickelt, und die allgemeine autonome Bewegung existierte als weiterer Strang, der Kampagnenpolitik betrieb oder versuchte, verschiedene Teilbereiche miteinander zu verbinden.

Frage: Meine Warnehmung von Antifa-Bewegung ist schon, daß nur da Politik gemacht wird, wo ein vermeintlich eindeutiger Feind ausgemacht werden kann, was ich als totales Manko empfinde. Zum Beispiel in Lübeck der Brandanschlag in der Hafenstraße war m.E. ein fundamentales Antifa-Thema, die Antifa-Bewegung hat dazu jedoch fast komplett geschwiegen. Aus Antifa-Sicht war es offensichtlich schwierig, da die Feinde an der richtigen Stelle auszumachen und daraus resultierte dann ein weitgehendes Nichtverhalten, abgesehen von einigen Lübecker Antifas.

Bert: Ja, das ist auch so. Das ist eine berechtigte Kritik. Bei uns war das auch so, daß unsere Beteiligung in Lübeck nicht so groß war, wir hätten sicher mehr eingreifen können in die Diskussion. Die Gründe liegen vielleicht darin, daß nicht sicher klar war, ob es um diese vier Grevesmühlener geht. Durch diese Diffusität wurde es schwieriger für Antifas sich zu beteiligen. Ich will das nicht rechtfertigen, ich denke, das ist eine berechtigte Kritik. Das ist eine Schwierigkeit, die wir haben, uns in andere Kämpfe einzumischen. Das liegt auch daran, daß die Antifa-Arbeit oft sehr kräftezehrend ist und wir deswegen wenig Kapa-

zität haben, andere Sachen noch mitzumachen. Aber es liegt auch daran, daß sich verschiedene Bereiche ziemlich weit auseinander entwickelt haben. Da ist es schwierig, da noch in Diskussionen und in der Praxis gemeinsame Projekte anzugehen.

Arne: Ein Ausdruck dafür findet sich auch im Schanzenviertel: die herrschende Drogenpolitik arbeitet mit Rassismen und Ausgrenzung von Menschen, die anders leben und Drogen nehmen wollen. Diesen Menschen wird das Leben zur Hölle gemacht und sie werden durch die Politik, die durch die Repressionskräfte umgesetzt wird, als "Aussätzige" markiert. Auch hier gibt es von Menschen und Gruppen, die dagegen arbeiten, kaum Verbindungen mit Antifa-Gruppen, obwohl die gesellschaftlichen Strukturen des kleinbürgerlichen Vertreibungsdenkens sich nicht groß vom faschistischen Subkultur-Denken unterscheidet.



Frage: Könnt ihr etwas zu den verschiedenen bundesweiten Organisierungsansätzen erzählen und wo ihr euch da verortet?

Bert: Ich glaube, die bundesweite Organisierung wird etwas überbewertet, das ist meine individuelle Meinung. Für uns ist das vor allem eine Arbeitserleichterung und -intensivierung. Dadurch, daß wir uns da organisiert haben und die Diskussionen auch wichtig fanden, haben wir bessere Strukturen gekriegt. Aber diese Strukturen sind nicht dadurch besser geworden, daß wir das ganze als Schema benutzt haben, sondern daß wir in unserer Praxis dadurch besser arbeiten konnten, daß wir Kontakte haben, daß wir in Kampagnen uns aufeinander beziehen können, usw. Dann sind auch schon langsam die Grenzen des Ganzen da..

"In der Zeit des Bruches und danach gab es so etwas wie ein Konkurrenzverhalten, Mißtrauen und die üblichen Anfeindungen."

Frage: Sag doch bitte nochmal kurz, welche größeren Organisationsansätze es da gibt.

Bert: Es gibt ein Bundesweites Antifa Treffen, BAT abgekürzt, und es gibt die AA/BO, Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation. Letztendlich muß man natürlich sagen, daß beide aus denselben Diskussionen Anfang der 90er stammen, um eine bessere bundesweite Vernetzung der Antifa-Strukturen zu schaffen, und irgendwann kam es dann zum Bruch zwischen der AA/BO und dem BAT aufgrund des unterschiedlichen Selbstverständnisses: Wie will man sich organisieren, will man sich organisieren um die Organisierung als politischen Ausdruck zu sehen, oder will man sich organisieren, um durch die Organisierung die eigene Antifa-Arbeit besser zu strukturieren, die Kontakte zu verbessern. Die AA/BO sieht sich explizit als eine politische Organisation, die bundesweit eine einheitliche Politik vertreten will. In der Praxis heißt das, daß gemeinsame Kampagnen organisiert werden.

Das BAT ist vom Ansatz her eine Struktur, die durch bundesweite Treffen und das Zusammenarbeiten die Arbeit der Gruppen intensivieren will. Durch das Treffen mit den anderen Gruppen verbessert sich unsere Situation, wir können uns mehr Background-Wissen verschaffen, lernen mögliche Ansprechpartnerinnen und -partner für gemeinsame Projekte kennen. Die Isolierung wird aufgebrochen. Dadurch haben wir eine Struktur, auf die wir uns beziehen können, die jedoch auch ganz klare Grenzen hat. Diese Grenzen sehen wir, und wollen auch weiter mit ihnen leben. Politisch/inhaltlich beziehen wir uns eher auf die Gruppen, mit denen wir kontinuierlich diskutieren. Das sind primär Gruppen hier in Hamburg. In einem Zusammenhang, mit dem ich mich zweimal im Jahr treffe kann ich ja nicht so leicht einen gemeinsamen politischen Ausdruck finden, weil ganz viele Sachen ungeklärt sind.

Arne: Im Vordergrund steht die regionale Arbeit, das steht vor dem bundesweiten Zusammenschluß.

Frage: Arbeiten das BAT und die AA/BO bundesweit zusammen, oder haben die Einen nichts mit den Anderen zu tun, außer an konkreten Anlässen?

Bert: Die Wogen sind da mittlerweile ein wenig geglättet. In der Zeit des Bruches und danach gab es so etwas wie ein Konkurrenzverhalten, Mißtrauen und die üblichen Anfeindungen. Vom Selbstverständnis her haben wir Vorbehalte gegenüber bestimmten Sachen, das drückt sich auch in der Arbeit vor Ort aus. Wir haben ein anderes Verständnis von Gruppenarbeit, von Bündnisarbeit usw. als in der AA/BO organisierte Gruppen, was inzwischen jedoch nicht mehr so eine Rolle spielt, weil wir nur was erreichen können, wenn wir Probleme zusammen angehen, und bestimmte Kampagnen sind denn auch zusammen gelaufen. Wenn man in der praktischen Arbeit merkt: die haben einen anderen Organisierungsansatz, anderen Politikansatz, dann muß man das eben ausdiskutieren oder muß die Unterschiede stehen lassen.

Frage: Das heißt, es spielt schon eine Rolle, auch lokal oder regional, wie sich die Gruppen organisieren. Ist es nicht so, daß das extrem hinderlich ist für eine Zusammenarbeit?

Arne: Nö, oft merkst du es bei Anlässen, wenn du gemeinsam was organisieren willst, wie verschieden die Sichtweisen auf Bündnispolitik, auf die eigenen Äußerungen sind.

Frage: Kannst du das konkreter beschreiben, worin der Unterschied liegt in den verschiedenen Sichtweisen?

Arne: Ich denke, das sollte man mit denen zusammen diskutieren, nicht über sie, sonst wird das hier so einseitig. Das könnte man vielleicht in einem weiteren Gespräch erörtern. Ich denke, daß wir dieselben Probleme miteinander hätten, wenn wir nicht in dem BAT oder der AA/BO organisiert wären, das sind einfach unterschiedliche Politikansätze die da zu Schwierigkeiten führen. Inzwischen gibt es einen eher pragmatischen Umgang damit: Zusammenarbeit an bestimmten Punkten.

Frage: Wie sieht denn die Zusammenarbeit der vielen Hamburger Antifa-Gruppen aus?

Arne: Hamburg ist da immer ein biß-

chen anders als der Rest der Republik. Wir sitzen da schon alle zusammen auf bestimmten Treffen und reden zusammen. Wir haben auch nicht die harten politischen Auseinandersetzungen. Man merkt es eher an kleinen Punkten, daß es da eine andere Sichtweise der Welt gibt.

Frage: Aber ist es euer Anspruch, sich lokal zu vernetzen?
Arne: Ich denke, das ist mit das Wichtigste, sich lokal und regional zu vernetzen.
Bert: Wobei ich allerdings auch glaube, daß da die Hamburger Antifa-Struktur überbewertet wird. Ich glaube, es gibt da vielleich relativ viele Gruppen, aber dadurch, daß es relativ undurchschaubar ist, wer welche Arbeit macht – was ja auch ganz gut so ist – wir es von außen vielleicht so wahrgenommen, daß es da ganz viele Gruppen gibt, die da ganz viel machen. Aber in der Praxis ist es wohl eher so, daß wir mit Erwartungen konfrontiert werden, die wir gar nicht erfüllen können, weil es vielleicht in der Intensität gar nicht die große Hamburger Antifa-Struktur gibt. Es ist eher so, daß wir an verschiedenen Punkten versuchen zusammenzuarbeiten, aber es auch ganz viele Schwierigkeiten gibt.
Außerdem ist Antifa auch so ein Punkt, der realtiv argwöhnisch von der Repression beobachtet wird, es gibt immer wieder auch Angriffe auf Antifa-Strukturen. Das hat bestimmt damit zu tun, daß sich an Antifa viele Jugendliche politisieren, und das deswegen argwöhnisch beobachtet wird. Das hat dann natürlich auch viele Schwierigkeiten gegeben; Mißtrauen usw.

Arne: Eine klare Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Gruppen gibt es in Hamburg nicht. Man weiß nur ungefähr "die machen eher so was und die machen eher so was".

"Im Osten ist es inzwischen normal, rechts zu sein"

Frage: Zu den bereits am Anfang unseres Gesprächs erwähnten aktuellen faschistischen Mobilierungen, die zumindest unserer Wahrnehmung nach derzeit vornehmlich in den neuen Bundesländern stattfinden: Wir haben da ein Zitat von Burckhard Schröder (Im Griff der rechten Szene - Ostdeutsche Städte in Angst) gefunden, das unserer Meinung nach die Situation gut auf den Punkt bringt:
"Die ultrarechte Szene ist anders als im Westen - sie ist zu einer sozialen Bewegung geworden. Eine der wichtigsten Entwicklungen ist, daß die rechte Subkultur nicht mehr primär politisch organisiert ist, sich ihre Stärke also nicht am Wahlverhalten messen läßt, sondern daß sie als soziale Bewegung alle Bereiche der Alltagskultur dominiert. Sie ist ein Konglomerat aus Musik, Mode Treffpunkten, gemeinsamen überregionalen Aktionen sowie Ideologiefragmenten."
Würdet ihr das aus eurer Erfahrung bestätigen oder anders gefragt, seht ihr überhaupt eine derartige Differenz zwischen Ost- und West?
Arne: Ich würde dem insoweit zustimmen, als daß die braune Subkultur und Hegemonie auf der Straße im Osten am weitesten verbreitet ist. Allerdings wird dabei häufig übersehen, daß es z. B. auch um Hamburg herum derartige Strukturen gibt, so Dörfer, Kleinstädte. Tostedt wäre ein Beispiel, wo sich eine rechte Hegemonie herausgebildet hat, die sich genau so äußert, wie Burkhard Schröder das für den Osten beschrieben hat. Ich glaube, im Osten ist es am stärksten vertreten, aber es ist nicht spezifisch im Osten.
Bert: Das find ich ja schon. Ich glaube, daß es im Osten inzwischen normal ist, rechts zu sein. Im Westen gibt es, wenn auch nur fragmentarisch noch vorhanden, so eine Ächtung von ganz rechts - vielleicht ein Überbleibsel der Auseindersetzungen der letzten 20, 30 Jahre, wobei das Potential an Leuten mit rassistsischen Grundeinstellungen oder auch das rechte Wählerpotential in den alten Bundesländern nicht geringer ist . Nur ist es im Osten inzwischen weit weniger problematisch, in der Öffentlichkeit zu vertreten 'ich find DVU oder NPD gut', weil es da einfach normal ist.
Arne: Und das hängt damit zusammen, daß es da größtenteils eine schwächere linke Bewegung gibt. Aber das, was in so Kleinstädten wie Tostedt abgeht, das hat Ostniveau.

Frage: Eine unserer Überlegungen zur Stärke rechter Mobilisierungen in den neuen Bundesländern ist, daß das vor allem mit der fehlenden Auseinandersetzung mit NS und Holocaust zu tun haben könnte. Es gab in der ehemaligen DDR diesen verordneten bzw. staatlichen Antifaschismus, aber gleichzeitig die Tabuisierung einer Auseinandersetzung mit dem Holocaust, um sich als das vermeintlich bessere Deutschland zu inszenieren. Das mag es für Junge wie Alte in den Neuen Ländern noch eher möglich machen, sich auf faschistische Tradition und Ideologie zu beziehen.
Bert: Ich glaub auch, daß das ein Ansatzpunkt sein kann, denn der NS ist im Osten viel zu sehr in materialistsichen oder klassenkämpferischen Kategorien analysiert worden. So wurde der Holocaust denn auch von der Geschichtsschreibung weitgehend ausgeklammert. Die Verfolgten, das waren in erster Linie die KPD-Kämpfer.
Auch wenn der Umgang mit dem Holocaust seitens der Herrschenden im Westen zwar auch eine Geschichte von Tabubrüchen auf der einen und Kontinuitäten auf der andern Seite ist, so gab es doch zumindest innerhalb der Linken eine Diskussion darum, welche ja auch kontrovers geführt wurde. Das zeigt zum Beispiel bei der Frage der Bewertung individueller Schuld und wie - nicht erst seit der Goldhagen-Debatte - der Antisemitismus der Bevölkerung bewertet wird.
Aber das ist ein anderer Background, auf den wir uns beziehen können, als die Ost-Linke mit ihrer Geschichte.
Arne: Zum Ende der 60er Jahre mit den gesellschaftlichen Aufbrüchen wurde der



Umgang mit dem Faschismus ja hier ganz stark thematisiert - entstammten doch die Eltern der damals Aktiven der Tätergeneration - das hat wahrscheinlich im Osten, so autoritär wie die DDR strukturiert war, einen ganz anderen Ausdruck gefunden.

Frage: Wenn ihr beide die These von Burckhard Schröder hinsichtlich der sozialen Bewegung im Osten teilt, hat das dann Auswirkungen auf eure eigene inhaltliche Bestimmung und die politische Praxis?
Bert: Also, wir haben eher die Einschätzung, daß das auch im Westen, wenn auch mit einer gewissen Zeitverzögerung, so eine Richtung nehmen wird. Das zentrale Problem ist die Akzeptanz von autoritären Lösungsansätzen. Es geht bei der faschistischen Mobilisierung in erster Linie um das autoritäre Deutsche und das wird auch hier im Westen mehr und mehr Fuß fassen, was sich zum Beispiel an der mit breiter Zustimmung der Bevölkerung stattfindenden rassistischen Ausgrenzungspraxen zeigt.

Frage: Aber selbst, wenn du sagst, es wird auch im Westen so eine Entwicklung geben, muß sich eine Antifa-Bewegung nicht gerade dann jetzt auseinandersetzen, wenn es, einzelne Umland-Kleinstädte wie Tostedt mal ausgenommen, bisher in dem Maße vor allem in den neuen Ländern sog. "nationale befreite Zonen", ganze Landstriche und Regionen unter rechter Hegemonie gibt, wo MigrantInnen, Punx usw. durch Angriffe auf der Straße und auf Zentren und Unterkünfte systematisch vertrieben wurden.
Arne: Aber man muß ja auch die gesamtgesellschaftliche Situation sehen. So schwach wie die Linke insgesamt hier ist in der BRD und wie reaktionär die Gesellschaft verfaßt ist ...

Frage: Aber der Ausdruck im Osten ist ja (noch) ein anderer, wenn allein nach den offiziellen Zahlen 1997 fast jede zweite rechtsextrem motivierte Straftat in den neuen Ländern begangen wurde und bezogen auf 1000 Einwohner dort dreimal so viele rassistische Straftaten gezählt wurden...
Arne: So bitter das auch klingen mag, aber ich denke auch, daß die von Dir beschriebene derzeitige Ost-West-Differenz sich in der kommenden Zeit angleichen wird, und zwar auf dem derzeitigen "Ost-Niveau". Das hängt unter anderem mit den herrschenden Erklärungs- und Lösungsansätzen zusammen. Bislang wurde der sich aggressiv äußernde Rassismus deswegen toleriert und entschuldigt weil die Leute im Osten aufgrund ihrer vergleichsweise miserablen sozialen Lage scheinbar eine Berechtigung haben, rassistisch zu sein.
Nach der Zeit der Pogrome '91/'92 wurde versucht, so "Regulierungsmechanismen" zu finden:
Auf der einen Seite wurde die akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen stark gefördert, auf der anderen Seite wurde aber diese nationalistische und rassistische Haltung, gegen Ausländer zu sein, gesellschaftlich toleriert, in der Hoffnung, damit soziale Widersprüche aufzuheben. Aber da weder zu erwarten ist, daß sich die wirtschaftliche Lage im Zuge der Deregulierung bessern wird, noch daß die vorherrschenden Erklärungsansätze und Praktiken in Bezug auf die rechte Entwicklung sich in den nächsten Jahren entscheidend ändern, werden auch die Versuche, das in eine Normalität zu kanalisieren, auch im Westen zunehmen.
Es wird über Arbeitsplätze diskutiert, aber das politische System hat gar keine Alternative zu dem wie es ist. Das ist die Logik des Systems, in dem wir leben.
Bert: Ich denke, wir werden in nächster Zeit auch ganz andere Ansätze von Antirassismus propagieren müssen, als bisher. Auch wir haben die Frage der Arbeitsplätze und den sozialen Abstieg bisher viel zu sehr in den Vordergrund gerückt. Es geht aber gar nicht darum, daß die Leute vielleicht Modernisierungsverlierer sind, sondern die wollen einfach nichts abgeben. Es geht bei Rassismus nicht um die Arbeitsplätze. Das ist doch eine Lüge, daß die Leute alle arbeitslose Jugendliche wären, die in Plattenbauten wohnen.

Frage: Und was heißt das jetzt für Antifa-Mobilisierung im Osten oder Bündnispolitik? Wie beurteilt ihr z.B. die Aussage des Generalstaatsanwalts aus Brandenburg, der Bündnisse von stramm Konservativen bis zu den autonomen Antifas gefordert hat?
Bert: Das ist doch wohl eher eine publizistische Polemik. Es geht in der medialen Öffentlichkeit immer sehr stark um die Extreme. Wenn im Osten der Nazi so ein bißchen rumrockert, dann guckt man eben mal hin. Unabhängig davon steht es aber schon an, daß wir neue Modelle entwickeln müssen, wie wir mit Bündnissen überhaupt umgehen. Größtenteils ist es ja eher so, daß selbst bis hin zu den Grünen antirassistische Konzepte nicht mehr Fuß fassen. In Hamburg tragen die ja z.B. die ganze Ausweisungs- und Ausgrenzungspolitik mit.

Frage: Aber die Demo in Leipzig wurde doch schon von einem ziemlich breiten Bündnis getragen.
Bert: Das muß man aber auch trennen. Wenn, wie in Leipzeig, 4000 Nazis aufmarschieren, dann kann kein DGBler sich hinstellen und sagen, "Das sind doch alles ganz arme Jugendliche" und mehr Sozialarbeit fordern. Das sind dann vielleicht noch Überbleibsel, wo es noch breite Bündnisse geben kann.
Arne: Ich glaube in den nächsten Jahren werden solche ganz krassen Sachen wie München oder Leipzig nicht mehr so oft stattfinden, weil das staatlich reguliert werden wird. Die werden auch versuchen, wieder mehr Verbote durchzusetzen.

Frage: Eine gewagte These. Und welche Rolle spielen dabei Vereinnahmungsversuche staatlicherseits oder durch die reformistischen Parteien gegenüber der autonomen Antifa.
Bert: Bündnisse mit Parteien oder Gewerkschaften sind doch eher ein theoretisches Konstrukt, daß ich so in der Praxis gar nicht sehe. In Saarbrücken, wo Ende Mai ein Nazi-Aufmarsch geplant ist, hat sich der DGB z.B. jetzt wieder von den unabhängigen antifaschistischen Gruppen distanziert, aus Angst davor, daß nicht nur die Mobilisierung der Stiefelnazis thematisiert wird, sondern faschistische Organisierung in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gestellt wird.
Arne: Andererseits darf man das auch nicht als monolithischen Block sehen
Um mal hier in der Region zu bleiben: Am Beispiel von Lübeck zeigte sich, daß Basisstrukturen in der SPD, Gewerkschaften oder der SPD-Bürgermeister von Lübeck Bouteiller auch durchaus ehrenhaft versucht haben, gegen die Nazistrukturen vorzugehen. Aber letztendlich am längeren Hebel stand dann so ein Innenminister aus Kiel, der dann doch gesagt hat, "wir lassen die Nazis demonstrieren".
Dieses ganze Gerede um Themen wie Innere Sicherheit, das richtet sich ja nicht primär gegen die Nazis. Die kriegen vielleicht auch mal was ab, wenn der Staat an diesem Punkt Stärke zeigen will. Langfristig soll damit generell Ruhe und Ordnung durchgesetzt werden. Und mit so einem Ruhe- und Ordnungsgedanken sind wiederum 95% der Nazis durchaus einverstanden.
Bert: Auch die Grünen, das wird häufig übersehen, haben ihre Sicherheitspapiere und -konzepte. Im Rahmen der Antifa-Demo gegen einen NPD-Aufmarsch in Hamburg letzten Herbst gab es auch ein Bündnis mit den Grünen, was aber dann gerade mal seinen Ausdruck darin fand, daß eine grüne Rednerin, die ihre eigene Partei noch ziemlich verärgert hatte, sich daran beteiligte. Aber die Leute auf der Straße, das waren alles welche aus dem unabhängigen Antifa-Spektrum.
Arne: Letztlich wird für den Staat und die ihn tragenden Parteien und Organisationen der Feind jedoch immer links stehen. Die stumpfen Nazis sind doch letztendlich gesellschaftlich kompatibel. Die sind für Deutschland, gegen Ausländer und wollen arbeiten. Da gilt es nur die krassen Auswüchse zu verhindern.
Die können zwar gut mit 50 % rassistischen, rechten Jugendlichen, nicht aber mit 50 % linksradikalen Jugendlichen Leben.

Frage: Könnt ihr nicht zum Abschluß noch was positives sagen?
Arne: Ich glaub', viel Positives gibt es bei uns derzeit nicht.
Bert: Antifa ist ja auch immer so ein Abwehrkampf. Wir würden nicht sagen, daß Antifa positive Gesellschaftsentwürfe umsetzen kann. Antifa ist schon ersteinmal

eine Politik, bei der es um Abgrenzung geht.

Arne: Wir sehen ja auch die Grenzen von Antifa. An Antifa kann man viel klar machen, z.b. beim Thema Innere Sicherheit, Rassismus, Patriarchat. Aber grundsätzliche Sachen kann man da nicht klären, weil Faschismus auch nur eine Ausdrucksform der Gesellschaft ist. Und wir leben ja nicht nur im Faschismus, für uns ist ja Faschismus vielleicht die extremste und brutalste Ausdrucksform der patriarchalen kapitalistischen Gesellschaft. Und wenn wir den Faschismus bekämpfen, dann heißt das nicht, daß wir dann schon glücklich sind, wenn es keinen Faschismus mehr gibt. Bei gesellschaftlichen Gegenentwürfen spielen da natürlich auch noch ganz andere Faktoren eine Rolle, die wir gar nicht alle abdekken können, weil wir ja doch nur einen Teilbereichskampf führen.



100 Jahre Hustensaft - *...als Heroin noch nicht tödlich war*

Aktionswochenende gegen Heroinverbot und staatliche Rauschverwaltung vom26. bis 28. Juni in Hamburg

Am 26. Juni diesen Jahres jährt sich zum 100. mal die Eintragung von „Heroin" als geschützter Markenname von Bayers damaligem Bestseller - wohl das Datum, das man bei einer Ware getrost als ihren Geburtstag setzen kann. Kein Grund zum Feiern, wird wohl nicht bloß die Herstellerfirma, sondern alles, was sich heute über die „Drogenproblematik" das Maul zerreißt, finden. Umso mehr Grund, genau das zu tun - so denken (hoffentlich nicht nur) wir. Um also ein öffentlichkeitswirksames und in der Sache eindeutiges Fanal fürs Ende der Drogenverbote zu setzen, planen der Bundesarbeitskreis Drogen der JungdemokratInnen / Jungen Linken und die Gruppe Ratio Rausch Revolution für das Wochenende vom 26. zum 28. Juni 1998, unterstützt von verschiedenen Gruppen aus Hamburg und außerhalb, einen festlich-demonstrativen Dreischritt aus Party, Kundgebung und Minikongreß, stattfindend in Hamburg - also jener Stadt, die nicht bloß als „Drogenmetropole", Avantgardist der modernisierten Kontrolle mittels Methadon und „Gesundheitsräumen" und brutaler Abräumer der offenen Szenen derzeit im Fokus drogenpolitischen Interesses steht, sondern auch eine in Sachen Drogenfreigabe sensibilisierte und aktive Linke zu bieten hat.

Im einzelnen wollen wir am **Freitag, 26.6., feiern**, und zwar in der Roten Flora, mit einem festlichen Programm aus Vortrag zu den Möglichkeiten und Unmöglichkeiten von Heroin-Genuß-Kultur, einem Streifzug durch 100 Jahre Drogenmusik (abgerundet und fortgeführt durch zeitgemäßen Techno), und Räumen, in denen nicht bloß Platz zum euphorischen Ausruhen nach dem Abhotten gegeben ist, sondern auch die eine oder andere Lesung, Videovorführung etc. stattfindet, natürlich zentriert ums Geburtstagskind: von Lasker-Schüler über Burroughs bis Warhol. Spaß machen soll's ebenso, wie daran erinnern, daß über Heroin sich mehr sagen läßt als bloß mit Leid & Elend Verknüpftes (ohne zu vergessen, daß das Verbot die Droge allzu oft darauf bannt), nämlich, daß auch hier eine genußvolle Drogenkultur, die richtigen Bedingungen vorausgesetzt, der Sache nach nicht ausgeschlossen ist.

Einlaß ab 22°°, der Vortrag beginnt um 23°°.

Am Sonnabend, 27.6. soll es dann zur Demo gegen Drogenverbote, Szenezerschlagungen und Dealerhatz gehen: über die Vertreibungsstrecke vom Hansaplatz zum Hauptbahnhof bis zur Kundgebung vor dem Knast zur Solidarität mit - vielleicht einem Novum - den einsitzenden Lebensstilgefangenen, und unterwegs die Forderung nach Gleichbehandlung von Händlern und KonsumentInnen bisher illegalisierter Genußwaren in der Mönckenbergstraße und auf dem Gänsemarkt. Vor'm Hbf. ist natürlich wie immer auf viel Gewusel zu hoffen.

Beginn: 13°° Hansaplatz

Am Sonntag, 28.6., auf der Tagung schließlich, hoffen wir auf Interessierte, die sich streiten mögen über theoretische Fragen, die sich für Linksradikale ergeben, die nicht bloß die humanistische Forderung nach Drogenfreigabe vertreten mögen, sondern auch die an sich erstaunliche Tatsache verstehen wollen, daß dieses kleine Reformvorhaben so hoffnungslos utopisch erscheint. Vorgesehen sind ein Vortrag & Diskussion zum Zusammenhang von Drogenverboten und autoritärem Staat (in Abgrenzung zum frühbürgerlich-liberalen), ab 14°° Uhr AG's zur Kritik von *Heroinvergabe & Usermedikalisierung*, zur Stereotypie des Dealers und der *Rauschgiftmafia*, und zur Kritik von Sucht- und *Suchtpräventionskonzepten*. Abschließend (gegen 16°°) soll der Rahmen zu einer Plenumsdiskussion bereitgestellt werden über die Frage, was interessiert uns an Drogen und was an ihrem Genuß - anlehnend an die Diskussion, ob man „Happy birthday Heroin!" wünschen dürfe oder dies ein unnötig positiver Bezug auf die Substanz darstelle.

Beginn: 11°° in der Flora.

Aufrufe und Plakate sind zu bestellen bei den JungdemokratInnen / Jungen Linken: **Pappelallee 9, 10437 Berlin, Tel. 030 / 440 248 - 64, Fax - 66.** Für Nachfragen stehen wir in Hamburg unter der Telefonnummer 040 / 21 31 50 zur Verfügung. Dort können auch weitere Vorbereitungstermine erfragt - und natürlich Mitarbeit angeboten werden.

Langes Leben und Frieden,
BAK Drogen & GRRR

Zur Debatte um die "Palästina-Filmtage" im Kino 3001

Vom 4 bis 13. Mai veranstalteten die *"FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V."* im 3001 eine Filmreihe zur "palästinensischen Geschichte und Gegenwart". Das 3001 stellt sein Kino öfter für Filmreihen zur Verfügung. Zum Programmzettel, mit dem die "FreundInnen des palästinensischen Volkes" für ihre Filmreihe werben, hier unsere Kritik. Uns geht es dabei nicht um die einzelnen Filme, sondern um die Anlage und Präsentation der Reihe.

Schon mit dem Titel des Zettels findet eine nationale Bewertung statt: "50 Jahre Israel", in Halbtonschrift grafisch zurückgesetzt hinter dem eigentlich wichtigen: "50 Jahre Besatzung, Unterdrückung und Widerstand in Palästina", das Ganze unterlegt mit einem PalästinenserInnentuch.

Durch den gesamten folgenden Text scheinen unterschwellig antisemitische Stereotypen durch: Den zionistischen Siedlungen wird "die palästinensische Bevölkerung, die seit Generationen in diesem Land gelebt hat" entgegengesetzt, um die "Wirklichkeit des palästinensischen Volkes zu beleuchten". So wird gleich im zweiten Absatz klargemacht, wer hier heimatverbunden auf seiner Scholle gelebt hat, bevor ihn der wurzellose Jude vertrieben hat. Irgendwie erscheint es logisch, daß so mehrmals der Acker zum Bestandteil der Nation wird und als "arabischer Boden" unter der "aggressiven Siedlungspolitik" leidet. An dieser Stelle taucht das Etikett zionistisch bei den "FreundInnen..." auf: Selbstverständlich nicht als ursprünglich auch mit sozialistischen Vorstellungen verbundener, in sich widersprüchlicher Nationalismus, sondern als "zionistische Terroreinheiten", "zionistische Militarorganisationen", "zionistische Siedlungen", "zionistische Wehrdörfer". Von den frühen Kibbuzim als sozialistischen Kommunen ist natürlich nicht die Rede, Israel wird in dem ganzen Text als monolithischer, aggressiver Gegner konstruiert, der bereit ist, selbst die palästinensische Präsenz im Libanon "militärisch auszulöschen".

Israel wird als Subjekt gesetzt, als ob es sich nicht um eine Klassengesellschaft mit tiefgehenden Widersprüchen handelt. Die "FreundInnen..." hätten etwas von der Opposition etwa linker zionistischer Parteien und linker antizionistischer israelischer Gruppen mitbekommen können, wenn sie nicht auf ihr Feindbild *zionistischer Siedlerstaat Israel* festgelegt wären. Die nationalistische Gegenübersetzung *Israel* kontra *Palästina* durchzieht den gesamten Text. Der einzige Satz, der sich etwas vom Volks- & Nation-Sermon abhebt, lautet: "Der palästinensischen Linken gelingt es nicht, eine Doppelstrategie gegen die israelische Besatzung und die eigene Bourgeoisie zu entwickeln." Zum Terror der Hamas gegen die Zivilbevölkerung Israels heißt es danach lapidar: "... unter anderem mit so fragwürdigen Mitteln wie Bombenanschlägen in Einkaufspassagen und öffentlichen Verkehrsmitteln." Wir schließen uns dagegen dem Kommentar des FSK-Frühstücksradios vom 4. Mai an: "Die FreundInnen haben zumindest *noch Fragen* zu Bombenanschlägen in Einkaufspassagen. Wer dazu noch Fragen hat, ist für uns indiskutabel."

Desweiteren wird darüber schwadroniert, daß "die palästinensische Gesellschaft" wegen Israel unterentwickelt sei - als ob neben der Vertreibungspolitik der rechten israelischen Haganah nicht israelische Besitzer ihr Land auch palästinensischen Großgrundbesitzern abgekauft haben, denen die Situation der palästinensischen KleinbäuerInnen egal war. Aber nein, Israel schädigt die palästinensische Ökonomie - als ob es keinen kapitalistischen Weltmarkt gäbe. "Die FreundInnen..." wünschen sich so sehr ein einheitliches palästinensisches Volk, daß sie die Bereicherung der palästinensischen Bourgeoisie allein mit Korruption und Vetternwirtschaft erklären, wodurch "einige wenige immer reicher werden".

Beim Abfeiern des "palästinensischen Volksaufstandes" fehlt jede Kritik. Daß etwa die PLO 1964 von den reaktionären arabischen Staaten gegründet wurde, um die Flüchtlinge aus Palästina zu kontrollieren, ist keine Erwähnung wert, daß ihr erster Chef vorher Gesandter Saudi-Arabiens bei der UNO war auch nicht, daß in frühen Reden davon die Rede war, "man müsse die Juden zurück ins Meer treiben" sowieso nicht. Damit die vereinfachenden Gleichungen *[Israel = aggressive zionistische Siedler ohne Erdverbundenheit = Böse]* kontra *[AraberInnen = heimatvertriebene Opfer = Gut]* funktionieren, wird alles verschwiegen, was dieses Bild stört: Daß Jordanien im "schwarzen September" 1971 die Auffanglager der Flüchtlinge aus Palästina/Israel brutal militärisch besetzte, um die PLO-Milizen zu zerschlagen, kann beispielsweise nicht Israel angelastet werden.

Wie sehr der Programmzettel an antisemitische Stereotypen anknüpft, wird an den beiden abgedruckten Karikaturen deutlich: Beide Male kommt ein israelischer Soldat vor, der typisiert wird durch eine Hakennase und einen Davidstern. Die Reproduktion der im deutschen Nationalsozialismus für die Vernichtung von Millionen Menschen als JüdInnen gebrauchte antisemitisch-rassistische Zuschreibung der Hakennase verbietet sich für Linke in Deutschland ebenso, wie jemanden mit einem Davidstern zu markieren. Daß der israelische Soldat auf der einen Zeichnung einen mit Kopftuch als Palästinenser markierten Bauern entwurzelt, indem er ihn samt gepflanztem Setzling plus Heimaterde mit einem Bagger hochhebt, reicht scheinbar als Symbolik alleine noch nicht aus: Der Bauer hat auch noch eine runde Nase, damit er sich in rassistischer Logik vom israelischen Soldaten unterscheidet. Aus der Verwendung dieser Zeichnungen von Naji al-Ali durch deutsche Linke spricht vor allem eines: Die Verdrängung von Auschwitz.

So findet sich im Text kein Verweis auf die von Deutschen, von Nazis verbrochene Shoah, durch die JüdInnen in eine Gemeinschaft hineingetrieben wurden, die ein wesentlicher Grund für die Staatsgründung Israels war und ist.

Offen antisemitisch ist der Programmzettel dadurch,

- daß JüdInnen in Israel zu einer einheitlichen, aggressiven, wurzellosen Tätergruppe konstruiert werden,
- Zionismus mit dem Drang nach Beherrschung und Vertreibung eines erdverbundenen Volkes gleichgesetzt wird,
- die Shoah durch Ignoranz verharmlost wird.

Im letzten Abschnitt wird über Solidarität geschrieben, als ob es sich bei der BRD um eine Gesellschaft ohne Verbindung zum deutschen Nationalsozialismus und der Shoah handelt. In den letzten beiden Absätzen blocken die "FreundInnen..." eine Kritik am deutschen Antizionismus ab: Während die real niedergehende Linke zu Zeiten der Intifada '87 ihrer Meinung nach "neuen Aufschwung" genommen hätte, sei sie '91 von "inhaltlicher Desorientierung" geprägt gewesen. Neben der Wiedervereinigung war '91 gegenüber '87 in der Linken vor allem eines neu: Die Kritik an der nationalen Formierung als "deutsches Volk", verbunden mit der Forderung, gegen das Vergessen der Shoah anzugehen. Wie sich die "FreundInnen..." davon gestört fühlten, erklären sie beim Thema Golfkrieg: "Durch die Kollektivschulddebatte wurde die anfänglich starke Bewegung ... letztlich handlungsunfähig (Kollektivschulddebatte: Vorwurf, daß *antizionistische* Kritik am Charakter des israelischen Staates, von Deutschen eingenommen, *antisemitisch* sei)." Damit stellen sich die "FreundInnen des palästinensischen Volkes" selbst in die antisemitische deutsche Tradition. Die sogenannte Kollektivschulddebatte nach '45 in der Westzone diente dazu, Mithilfe des Phantoms "Kollektivschuldvorwurf" die tatsächlichen Vorwürfe über die deutsche TäterInnenschaft im Nationalsozialismus, insbesondere bei der Shoah, zu delegitimieren und zu verdrängen. Wer das Phantom "Kollektivschuldvorwurf" wie die FreundInnen..." erneut bemüht, leistet seinen Beitrag zur Verdrängung der Shoah. Daß die antinationale Linke jetzt die alliierten BefreierInnen/BesatzerInnen ersetzt in dem Konstrukt, daß Deutsche für etwas bestraft werden sollen, was sie angeblich nicht gemacht haben, ist hanebüchen. Wer die Palästina-Solidarität der 70er und 80er ohne die geringsten Zweifel verteidigt, kann nichts von der Kritik am Antisemitismus begriffen haben.

Gruppe demontage, Postfach 306 132, 20327 Hamburg

Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen

Eine Bestandsaufnahme über das Projekt, verfasst aus der Sicht des ARAB als Teil der Bremer Vorbereitungsgruppe

Am 13. August wird in Bremen eine vom Internationalen Menschenrechtsverein in Bremen (IMRV) initiierte Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen starten. Sie wird über einen Zeitraum von mehreren Wochen hinweg durch 25 deutsche Städte ziehen und dabei die verschiedenen Aspekte des Rassismus in dieser Gesellschaft zum Thema machen. Die Karawane ist eine Reaktion auf die Tatsache, daß die Angriffe des deutschen Staates auf Flüchtlinge und MigrantInnen von Jahr zu Jahr an Schärfe zunehmen, während die Gegenmobilisierung weitgehend zusammengebrochen ist. Eine weitere Eskalation der Situation im Wahljahr 1998 ist angesichts der Debatten um "Innere Sicherheit", das "New Yorker Modell", "zero tolerance" etc. schon vorprogrammiert. Die Vorwahlzeit stellt einen strategisch günstigen Zeitpunkt dar, um mit der Karawane die Lähmung zu überwinden, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und damit zu beginnen, der aggressiven Politik (wieder) offensiv gegenüber zu treten. Während der gesamte organisatorische Aufwand für eine größere lokale Aktion in der Regel nur einen Tag an Aktivität hervorbringt, wird die Karawane eine kontinuierliche Kette von Aktionen beinhalten, die als gemeinsames Projekt wahrgenommen werden können, obwohl sie realiter in verschiedenen Städten stattfinden. Darüberhinaus ist es das erklärte Ziel, mit Hilfe der Karawane ein funktionsfähiges Netzwerk unterschiedlicher Gruppen zu etablieren, das auch über das Jahr 1998 hinaus handlungsfähig bleiben und so zur Basis weiterer Aktivitäten im Sinne der so dringend benötigten Opposition von unten werden könnte.

Mittlerweile sind diverse überregionale Koordinations- und Planungstreffen für die Karawane abgehalten worden. In mehr als einem Dutzend Städte haben Veranstaltungen mit VertreterInnen aus Bremen stattgefunden, um das Projekt vorzustellen. In über 20 Städten sind lokale Vorbereitungskomitees aktiv. Ein zentrales Ergebnis ist der Kreis an Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, den das Projekt bislang zusammengeführt hat. Die Zusammensetzung aus überregional organisierten MigrantInnenorganisationen und lokal verankerten Flüchtlingsgruppen, Einrichtungen und Vereinen, sowie den der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" angeschlossenen antirassistischen Gruppen und Organisationen ist ohne Beispiel in den letzten Jahren und stellt an sich bereits einen ersten großen Erfolg dar. Sie ist zudem ganz im Sinne der InitiatorInnen vom IMRV, die eine von Flüchtlingen und MigrantInnen organisierte und getragene Karawane für Flüchtlinge und MigrantInnen - unter fester und aktiver Einbindung der deutschen antirassistischen Linken - wollten.

Zum politischen Hintergrund des IMRV

Die Geschichte des IMRV ist eng verknüpft mit zahlreichen Kampagnen, Hungerstreiks, Demonstrationen und Aktionen, die in den letzten Jahren in Bremen stattgefunden haben. Ihr Ziel war stets, Abschiebungen zu verhindern, die Anerkennung von Flüchtlingen als Asylberechtigte zu erzwingen oder die Lebensbedingungen in Flüchtlingsunterkünften zu verbessern. Zentrales Moment der Aktivitäten war, daß es sich nicht um stellvertretende Humanitätsbekundungen wohlmeinender Deutscher für die Notleidenden dieser Welt gehandelt hat, sondern um von Flüchtlingen selbst getragene Aktivitäten, die entweder alleine entwickelt und mit Unterstützung "weißer" antirassistischer Gruppen durchgeführt oder aber gemeinsam geplant und umgesetzt wurden. Unbestrittener Höhepunkt waren zwei im Wortsinne internationalistische Flüchtlingsdemonstrationen im Jahr 1995, die im Gefolge einer von der tamilischen Community organisierten Mahnwache gegen Abschiebungen nach Sri Lanka und dreier Kampagnen für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Flüchtlingsunterkünften entstanden. Der IMRV beschreibt diesen qualitativen Sprung im Widerstand von unten:

"*Als Beginn dieses Prozesses kann der Januar 1995 gesehen werden, als tamilische Flüchtlinge eine Non-Stop Aktionswache vor dem Abschiebeknast im Ostertor organisierten. (...) Die 36-tägige Aktionswache sorgte dafür, die Angelegenheit in der Öffentlichkeit breit bekannt zu machen und ausreichend Unterstützung zu bekommen, um die geplanten Abschiebungen zu verhindern. Die nächste Stufe war der Hungerstreik auf dem Flüchtlingsschiff "Embrica Marcel" im April 1995. Dieser Hungerstreik war von den Flüchtlingen auf dem Schiff sowohl gegen die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen auf dem Schiff als auch gegen die Existenz des Schiffes selbst als Aktionsform gewählt worden. Mit seinem 10-tägigen Verlauf konnten einige Durchbrüche in den Forderungen der Flüchtlinge auf dem Schiff erzielt werden. Er markierte einen qualitativen Schritt in der Vertiefung der Einheit unter den Flüchtlingen, da sich aus nahezu allen Nationalitäten Flüchtlinge zusammenschlossen, um gegen den gemeinsamen Gegner zu kämpfen und die Sprach-, Kultur- etc. Barrieren überwunden werden konnten, um Großversammlungen abzuhalten, auf denen über Strategie und Taktik entschieden wurde. (..) Die "Embrica Marcel" war somit Katalysator für viele schwelende Kämpfe in verschiedensten Flüchtlingsunterkünften in Bremen und Umgebung.*"

Bundesweit waren im Grunde genommen sämtliche Aspekte des staatlichen Rassismus Ausgangspunkt von Protest- und Widerstandsaktionen seitens der Flüchtlinge. Hungerstreiks, go-in's, Besetzungsaktionen, Versammlungen und Demonstrationen richteten sich gegen die Lebensumstände in Sammellagern, gegen die Beschneidung politischer und sozialer Rechte, gegen die durch Polizei, BGS, Ausländerbehörde und Lagerleitung ausgeübte Kontrolle und die Einengung der Bewegungsfreiheit, also gegen alle Elemente der systematischen Desintegration von Flüchtlingen. Kaum eine der rassistischen Verordnungen und Gesetzesänderungen konnte über die Bühne gebracht werden, ohne daß sich Widerstand von seiten der Flüchtlinge geregt hätte. Ebensowenig geräusch- und reibungslos funktionierte die in der Asyldebatte entworfene Abschiebemaschinerie, der eine Fülle von Einzelfallkampagnen, kollektiven Hungerstreiks, Demonstrationen und Aufständen in Abschiebeknästen, aber auch viel individueller Widerstand von Flüchtlingen entgegengebracht wurde. Insgesamt waren die Lager und Abschiebungen über Jahre hinweg immer wieder Gegenstand einer öffentlichen Diskussion, die der rassistischen Anti-Flüchtlingspolitik mehr als einmal Legitimitätsprobleme bescherte.

Eine Reihe von erfolgreichen Kampagnen gegen die Abschiebungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß einige hunderttausend Menschen unter dem Druck der rassistischen Gewalt dieses Land wieder verlassen mußten bzw. gnadenlos abgeschoben wurden, daß die Deportationsverträge mit Rumänien, Vietnam, Polen oder den Ländern des ehemaligen Jugoslawien zumindest teilweise ihre Funktion erfüllt haben und es auf jeden Fall nur vergleichsweise wenigen Flüchtlingen gelungen ist, sich in diesem Land mehr als nur vorübergehend festzusetzen. Klar ist auch, daß die vielfältigen und zahlreichen Widerstände seitens der Flüchtlinge vor allem unmittelbare Reaktionen auf die Rigorosität und Brutalität einer Politik darstellen, die ihnen nicht nur systematisch jede Hoffnung auf ein menschenwürdiges

Leben zunichte macht, sondern letztlich in ihre Existenzvernichtung mit sich bringt. Hinzu kommt, daß angesichts der anhaltenden Funkstille in Bezug auf die zahllosen fundamentalen Angriffe auf die Sozialleistungen, Löhne und Gehälter von Millionen von Arbeitslosen, Armen und niedrig entlohnten, entgarantierten und entrechteten JobberInnen eine gewisse Gefahr besteht, die Flüchtlingskämpfe zu "glorifizieren". Dennoch bleibt festzuhalten, daß in Deutschland selten ein zentrales Herrschaftsprojekt mit einer solchen Intensität und Dichte von sozialer Verweigerung und Renitenz konfrontiert war, wie die Abschaffung des Asylrechts zur Eindämmung der Migration.

Die Gründung des IMRV war der Versuch, die Erfahrungen der Bremer Auseinandersetzungen zusammenzufassen, die AktivistInnen der Flüchtlingskämpfe gemeinsam zu organisieren und den verschiedenen Flüchtlingsgruppen eine politische Heimat zu bieten. Ziel war es somit, über die Kontinuität der Organisation IMRV eine Art "kollektives Gedächtnis" für die politischen Inhalte, Aktionsformen, Erfolge und Mißerfolge in den vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Konflikten und Kämpfen aufzubauen und zur Verfügung zu stellen. Der IMRV schreibt dazu in seiner Selbstdarstellung:
"*Die anfängliche Einheit der Flüchtlinge hat jetzt ein Stadium erreicht, in dem es notwendig ist, einen Schritt nach vorne zu machen. Wenn wir dies nicht tun, werden wir einen Schritt zurück machen. Was wird z.B. aus den Aktivisten der "Embrica Marcel", wenn sie das Schiff verlassen? Verhalten sie sich noch so, als ob sie auf dem Schiff lebten? Offensichtlich gibt es auch eine Tendenz, daß die Einheit verfällt. Die von den Kämpfen geschaffene Einheit wurde dadurch untergraben, daß die Menschen, die zusammen an einem Ort lebten und kämpften, "verteilt" wurden. Einerseits aufgrund der "Teile-und-Herrsche" Strategie der Behörden, andererseits aufgrund des Erfolges der Kampagne selbst - da der begrenzte Sieg erkämpft wurde,* [nach einer gewissen Zeit] *aus dem Schiff ausziehen zu dürfen. Was macht man, wenn erfahrene AktivistInnen, die in solchen Kämpfen in bestimmten Unterkünften eine zentrale Rolle spielen, diesen Platz verlassen? Von daher wollen wir zusammenarbeiten, um diese Erfahrungen nicht einfach verpuffen zu lassen.*"

Das Eintreten für eine Politik von unten wird auch deutlich an einer Intervention des IMRV im Sommer 1997. Zum damaligen Zeitpunkt ereigneten sich gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Tamilen und Rußlanddeutschen im Bremer Stadtteil Tenever, einer in den 70er Jahren errichteten Hochhhaussiedlung am Stadtrand. Ohne an dieser Stelle auf die Hintergründe im Detail einzugehen, sei doch darauf hingewiesen, daß die rassistischen Differenzierungen im deutschen Ausländergesetz hierbei eine wichtige Rolle spielten. Die Lage drohte außer Kontrolle zu geraten, nachdem ein junger Tamile - ohne Absicht - von zwei betrunkenen Aussiedlern totgefahren worden war, und mehrere Tamilen sich mit einem Überfall unter Einsatz von Molotow-Cocktails revanchiert hatten, bei dem ein junger Rußlanddeutscher lebensgefährliche Verbrennungen erlitten hatte. Der IMRV setzte sich mit VertreterInnen beider Seiten an einen Tisch, um so einen Dialog zu eröffnen und eine Eskalation abzuwenden, die für beide Seiten verhängnisvolle Auswirkungen gehabt hätte. Ganz bewußt ging es dem IMRV darum, die Sache nicht der Polizei zu überlassen, sondern im Gegenteil die "communities" zu mobilisieren und auf die Kraft von unten zu setzen. Der Ansatz war erfolgreich und die Spirale der gegeneinander gerichteten Gewalt konnte nach mehreren Gesprächen schließlich durchbrochen werden.

Das vom IMRV verfolgte Konzept ist von Anfang an zweigleisig gewesen: Zum einen sollen die Verhältnisse in Deutschland und Europa, d.h. die konkreten Erfahrungen, die Flüchtlinge und MigrantInnen mit den verschiedenen Aspekten des Rassismus in der Metropole machen, aufgegriffen werden. Zweitens geht es darum, einen Bezug herzustellen zwischen der Politik der europäischen Regierungen und den desolaten bzw. oft mörderischen Verhältnissen in den Herkunftsländern. Den Ausgangspunkt für diesen Ansatz bietet die Überlegung, daß die Anliegen der Flüchtlinge im allgemeinen "*doppelter Natur*" sind. Neben dem Rassismus, mit dem sie in Deutschland konfrontiert sind, "*ist ihnen das Schicksal der Zurückgelassenen sehr wichtig*". Der IMRV betont daher stets die Verantwortung der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Deutschland bzw. Europa dafür, daß diktatorische und terroristische Regime in aller Welt am Ruder sind:
"*Die Durchsetzung der Interessen der Banken und großen Konzerne reicher Länder wie Deutschland bildet die Grundlage für die gewalttätigen und anti-demokratischen Systeme, vor denen wir Flüchtlinge fliehen. Der Raubbau an natürlichen Ressourcen, die billige Arbeitskraft, der Absatzmarkt für deutsche Produkte, preisgünstige Urlaubsziele etc. sind der Gewinn, nach dem Deutschland in den Ländern sucht, aus denen wir herkommen. Die Bemühungen, solche Ziele durchzusetzen, gehen notwendig einher mit der Verletzung der Menschenrechte. Demokratische Rechte werden zerstört, sobald Völker gegen Unterdrückung aufstehen, militärische Methoden werden eingesetzt, um politische Opposition zu zerschlagen. So entstehen politische Flüchtlinge. Für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen reicher Länder wie Deutschland werden in unseren Ländern politische Flüchtlinge geschaffen. Und hiesige Politiker schämen sich dann nicht, zu sagen, wir seien keine politischen, sondern Wirtschaftsflüchtlinge.*"

Die fehlende Struktur
Den vielfältigen Aktivitäten in Bremen und der Gründung des IMRV im Jahr 1996 zum Trotz waren die strukturellen Defizite Ende 1997 - als die Idee der Karwane entstand - doch unverkennbar. Das Bremer Plenum, von dem die verschiedene Aktionen im Flüchtlingsbereich drei Jahren lang ausgegangen bzw. koordiniert worden waren, war ein reines ad-hoc Aktionsbündnis ohne längerfristige Planungsperspektiven geblieben. Die Hoch-Zeit des Jahres 1995, als es in Bremen zu einer großen Zahl von zusammenhängenden Protesten und Auseinandersetzungen gekommen war, schien vorerst beendet zu sein. Die in Bremen bestehende Solidaritätsstruktur bewahrte zwar verschiedene Flüchtlinge vor der Abschiebung und rettete einigen das Leben, konnte im Laufe der Jahre aber dennoch nicht vergrößert und verbreitert werden.

Sehr deutlich geworden ist das fundamentale Problem einer fehlenden sozialen Basis für breiter angelegten Widerstand gegen die rassistische Eskalation in Deutschland an den Auseinandersetzungen um die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Ausgehend von der Überlegung, daß wir es hier mit einer neuen Qualität von Massenausweisungen und -abschiebungen zu tun haben, startete das ARAB 1996 den Versuch, über die bundesweite Koordination linker antirassistischer Gruppen eine Kampagne gegen die Abschiebungen nach Ex-Jugoslawien zu initiieren. Dieses Projekt scheiterte bereits relativ früh im Frühjahr 1997. Zwar war bei diesem Thema über einen Zeitraum von mehr als eineinhalb Jahren ein sehr großes mediales Interesse vorhanden. Es war aber eben auch nur medial und verfügte über keine breitere gesellschaftliche Solidaritätspraxis als Entsprechung. Hinzu kam, daß es z.B. von seiten der bosnischen Flüchtlinge keinen offensiven Widerstand gegen den Rausschmiß aus Deutschland gegeben hat. Die ursprünglich von uns gehegte Hoffnung, daß es nicht zuletzt aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen, die zudem - in globalen Dimensionen betrachtet - alle aus einer Region stammten, zu einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen in Deutschland kommen könnte, hat sich nicht erfüllt. Die Betroffenen sind mit dem sog. Stufenplan erfolgreich in kleinere Gruppen aufgeteilt und gegeneinander ausgespielt worden, die Einschüchterung durch den entsprechenden Terror der Ausländerbehörden (Zitat: „Man darf sich nicht wehren, sonst wird es noch schlim-

mer") hat gegriffen. Für uns ist der Eindruck einer starken Vereinzelung entstanden, d.h. es hat kaum Zusammenhalt unter den Flüchtlingen gegeben. Die wenigen Widerstandsinitiativen, die es in Bezug auf die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland gab, blieben lokal begrenzt. Es war aber von vornherein klar, daß bei diesem Thema durch lokale Aktivitäten keine substantiellen Erfolge erzielt werden konnten, sondern nur durch ein bundesweit koordiniertes Vorgehen.

Obwohl die Situation in Bosnien nach wie vor katastrophal ist, reichte der staatliche Druck aus, um bislang etwa ein Drittel der bosnischen Flüchtlinge zur Ausreise zu bewegen. Abschiebungen gab es dagegen nur in relativ wenigen Fällen (die meisten übrigens aus dem rot-grün-regierten NRW). Hier zeigt sich deutlich der Effekt der in den letzten Jahren perfektionierten Verwaltungsbürokratie. Nachdem die Innenminister im Dezember 1995 den Rausschmiß angekündigt hatten, war zunächst unklar, wie dies bewerkstelligt werden sollte. Es kam zu einer Art trial-and-error Verfahren, das trotz zwischenzeitlichem Chaos im Aktenmanagement der Ausländerbehörden letztlich erfolgreich war. Ist es der Verwaltungsbürokratie doch gelungen, binnen zwei Jahren fast 100.000 Menschen rauszuschmeißen und dabei weniger als 1.000 Abschiebungen vorzunehmen. Unser ursprünglicher Fokus auf ein größeres Abschiebeszenario war falsch, vielmehr wirkte die Strategie der Einschüchterung, der nicht verlängerten Duldungen, der Kürzung bzw. des Entzugs sozialer Leistungen, kurz des gezielten Behördenterrors.[i] Die neue Dimension bei den Ausweisungen nach Bosnien besteht im übrigen auch darin, daß hier eine in der deutschen Öffentlichkeit vergleichsweise positiv besetzte Flüchtlingsgruppe von einem Tag auf den anderen zum Abschuß freigegeben worden ist. Es gelang den politisch Verantwortlichen selbst angesichts einer anfänglich recht kritischen Medienberichterstattung, wenn schon nicht breite Akzeptanz für das Projekt zu schaffen, so es doch ohne gesellschaftliche Unruhe über die Bühne zu bringen. Klar ist nun auch, daß der 1992/1993 vieldiskutierte sog. Bürgerkriegsflüchtlingsstatus lediglich ein Intermezzo war, mit dem die Asylrechtsabschaffung gerechtfertigt wurde. Zur Aufnahme einer größeren Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen wird er in naher Zukunft garantiert nicht führen.

Verschärfung der rassistischen Politik für weitere Zielgruppen

In den Diskussionen um „illegale Einwanderung" und Asylpolitik geht unter, daß auch zunehmend MigrantInnen, die sich schon seit Jahren/Jahrzehnten in Deutschland aufhalten, bzw. deren Nachkommen (2. und 3. Generation) in das Gesichtsfeld konservativer IdeologInnen und ÖkonomInnen geraten. Eine vergleichsweise höhere Arbeitslosenquote, ein höherer Anteil von Sozialhilfebezug und im Vergleich zu Deutschen unterdurchschnittliche Bildungsabschlüsse werden nicht etwa als Ergebnis fundamentaler Benachteiligung und rassistischer Diskriminierung und damit als Problem der Gesamtgesellschaft aufgefaßt. Vielmehr werden die betroffenen Menschen selbst dafür verantwortlich gemacht. Schlagworte wie der Begriff der sog. „Ausländerkriminalität" oder der Verweis, das deutsche Sozialsystem könne den Unterhalt der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht mehr finanzieren, zeigen, daß zwischen den Diskussionen über Einwanderungs- und Asylpolitik, Sozialpolitik, Neoliberalismus, Innere Sicherheit und den Standort Deutschland vielfältige argumentative Verknüpfungen bestehen. In den Auseinandersetzungen um die „Ausländerpolitik" treffen somit Aspekte verschiedener reaktionärer, rassistischer und neoliberaler Ideologien aufeinander. So lassen sich Klagen über die „soziale Hängematte" und Forderungen nach einem Abbau der Sozialsysteme zwanglos mit dem Wunsch in Übereinstimmung bringen, daß mit Einwanderung jetzt endlich Schluß sein müsse. In diesem Sinne äußert sich z.B. der Referent für Grundsatzfragen des Ausländerrechts und der Ausländerpolitik beim Berliner Innensenator Hans-Burkhard Richter, in einem Aufsatz aus dem Jahr 1997:

„Entscheidender Magnet für unerwünschte Zuwanderung war in der Vergangenheit bzw. ist bis heute das außerordentlich großzügige deutsche Sozialsystem. (...) Die aktuelle Finanzkrise (...) hat insoweit auch ein Gutes. Integrationspolitik hat ohne entschlossene Begrenzung der Zuwanderung keine Chance. Das gilt erst recht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Am Beispiel der deutschen Hauptstadt lassen sich die Folgen hoher Konzentration ausländischer Problemgruppen sowie fehlender Integrationschancen und die damit immer enger werdenden Grenzen gesellschaftlicher Integrationsfähigkeit intensiv studieren."[ii]

In den reaktionären Argumentationsfiguren können *„problematische Ausländergruppen"*[iii] nicht nur als Gefahr für die Innere Sicherheit ausgemacht, sondern auch zur zunehmenden Belastung für die sozialen Sicherungssysteme und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes erklärt werden. Kurz, sie gefährden den Standort Deutschland. Der Wirtschaftwissenschaftler Meinhard Miegel, Professor in Leipzig und Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, formuliert entsprechende Drohungen in aller Offenheit:

„Für die Zuwanderer, die bis Anfang der siebziger Jahre nach Deutschland kamen, gilt, daß ihre Wertschöpfung zunächst höher war als ihr Verbrauch, daß sich aber beide bereits gegen Ende dieser Phase weitgehend entsprachen. Anders liegen die Verhältnisse bei der späteren Zuwanderung. Sie stellt bis heute eine wirtschaftliche und soziale Belastung der einheimischen Bevölkerung dar. Ob sich dies in Zukunft ändern wird, ist schwer vorherzusagen. (...) Die Zuwanderung hat bislang nicht wirklich innovativ beflügelt, sondern allenfalls dazu beigetragen, einen bestimmten Status quo zu erhalten. Wenn sich das künftig ändern soll, müssen Zuwanderer so umfassend wie möglich integriert und ihr innovatives Potential aktiviert werden. Darüber hinaus muß Deutschland für Wissen und Kapital attraktiver werden als es heute ist. Sollte das nicht gelingen, wird das gesamte volkswirtschaftliche Gefüge absinken. (...) Deutschland muß sich deshalb umgehend damit befassen, daß möglicherweise wenig qualifizierte und produktive Menschen in großer Zahl zuwandern werden, und daß nicht zuletzt deshalb Kapital und Wissen abwandern könnten."[iv] Die Überschneidung der verschiedenen ideologischen Stränge führt dazu, daß die Umbrüche auf dem Gebiet der Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie der Inneren Sicherheit beschleunigt und die entsprechenden Entwicklungen kontinuierlich radikalisiert werden. Die Folgen dieser Politik gehen letztlich weit über die Gruppe der Flüchtlinge und Illegalisierten hinaus, auch wenn es diese am härtesten trifft.

Flüchtlinge und Illegalisierte sind nicht nur besonders hart von den Verschärfungen der letzten Jahre betroffen, die Asyldebatte war bis Mitte der 90er Jahre der entscheidene Schrittmacher bei der rassistischen Radikalisierung der deutschen Gesellschaft. Bereits von daher führt kein Weg daran vorbei, daß sich auch länger in Deutschland lebende MigrantInnen mit den Flüchtlingen solidarisieren. Es ist in diesem Zusammenhang ein grundsätzliches Problem der letzten Jahre gewesen, daß die vielfältigen rassistischen Differenzierungen der deutschen Ausländer- und Asylgesetzgebung die Solidarisierungsprozesse innerhalb der Flüchtlings- und MigrantInnengemeinschaft immer wieder aufs Neue blockiert und verhindert haben. Solidarisierungsprozesse gegen einen Rassismus, der die Grenzen gegen die aktuellen Wanderungsbewegungen rigoros abzuschotten versucht, und der gleichzeitig alles daran setzt, längst eingewanderte, hier lebende, hier geborene, hier großgewordene und hier arbeitende MigrantInnen auf Teufel-komm-raus auszugrenzen und ihnen damit subalterne Plätze in der rassistisch geprägten gesellschaftlichen Hierarchie zuweist. Es dürfte möglicherweise auch der Vielgestaltigkeit und Flexibilität der Angriffe geschuldet sein, daß die Elterngeneration selbst der massiven rassistischen Ausgrenzung und Kriminalisierung von jungen MigrantInnen, der Ausweisungspolitik gegenüber jugendlichen bzw. heranwachsenden

sog. "ausländischen Straftätern" und dem entsprechenden Propagandagetöse der jüngsten Zeit bislang sehr verhalten gegenübersteht - ganz zu schweigen von der nunmehr dreißigjährigen Verweigerung ihrer Integration und ihrer politischen, sozialen und rechtlichen Gleichstellung, selbst auf dem Papier. Andererseits ist es nicht unbedingt erstaunlich, daß die älteren Einwanderungsgenerationen den jüngeren Flüchtlingen oftmals skeptisch bis ablehnend gegenübertreten, und daß nicht nur die dünne Schicht mehr oder weniger etablierter MigrantInnen mitunter offen Front gegen die vermeintlich "kriminellen" Flüchtlinge macht und in den Chor der hiesigen law-and-order Fraktionen einstimmt. Ist es doch auch aus anderen europäischen Ländern bekannt, daß die Angst vor einem Verlust des Status quo und vor zunehmender Konkurrenz durch die ins Land drängenden Flüchtlinge zunächst einmal Abgrenzung hervorruft. Verstärkt wird dieser Effekt durch eine äußerst effektive Sozialtechnik, die Flüchtlinge von vorne herein gesellschaftlich ausgrenzt und in Sammellagern isoliert, und die zusammen mit der oben beschriebenen Politik der systematischen Desintegration von Flüchtlingen geradezu zwingend dazu führt, daß diese versuchen, jenseits der (für sie ohnehin durch Arbeitsverbot verschlossenen) Lohnarbeit und/oder Sozialhilfe andere Einkommensperspektiven zu realisieren. Hinzu kommt, daß die deutsche Gesellschaft Begriffe wie den der "Ausländerkriminalität" nicht nur zur eigenen rassistischen Formierung benutzt sondern ihn auch in dem Sinne als permanente Drohung einsetzt, daß die "anständigen Ausländer" sich stets aufs Neue von den "kriminellen" Flüchtlingen, den arbeitslosen und straffälligen Jugendlichen distanzieren sollen, wollen sie nicht selbst Gefahr laufen, Opfer einer generalisierten "Ausländerfeindlichkeit" zu werden. Die Tatsache, daß es in Deutschland keine antirassistische Bewegung gibt, die hier massiv Stellung beziehen könnte, macht es den selbst in vielfältiger Weise von Rassismus betroffenen EinwandererInnen umso schwerer, sich gegen die Verschärfung des Klimas zur Wehr zu setzen. Die Karawane ist auch der Versuch, eine Änderung dieser Situation herbeizuführen. Einmal, weil sich die Radikalisierung des Rassismus in Deutschland eben nicht "nur" auf Flüchtlinge beschränkt - auch wenn sich diese Tatsache in den Aktivitäten der deutschen antirassistischen Linken so gut wie nicht niederschlägt. Zweitens, da der fortschreitenden Eskalation ohne eine Bewegung unter den länger ansässigen MigrantInnen nicht Einhalt geboten werden kann. Eine Bewegung, die umgekehrt nur dann Erfolg haben kann, wenn sie die Differenzierungen überwindet und sich mit den Flüchtlingen solidarisiert.

Der inhaltliche Rahmen

Drei zentrale Gedanken legen den inhaltlichen Rahmen des Projekts fest. Einmal geht es darum, den Rassismus in Deutschland in all seinen Dimensionen auf- und anzugreifen. Im ersten vom IMRV herausgegebenen Flugblatt zur Karawane heißt es dazu unter anderem:
"*Völlig unabhängig vom Wahlausgang steht schon jetzt fest, daß man unsere Rechte weiter beschneiden wird, daß man weiterhin Zehntausende deportieren wird, und daß unter noch viel mehr Menschen ein derartiges Ausmaß von Angst und Schrekken verbreitet werden wird, daß sie Deutschland "freiwillig" verlassen werden. (...) Wenn wir als Flüchtlinge in Deutschland ankommen, werden wir kriminalisiert und erniedrigt. Wir werden in Schiffe und Lager gesteckt, man streicht uns die Sozialhilfe, wir dürfen nicht arbeiten - isoliert vom Rest der Gesellschaft und behandelt als seien wir keine Menschen, sollen wir unser Dasein fristen. Wir werden beschuldigt, der Grund für alle sozialen Probleme in Deutschland zu sein. Wir sind mit Mißhandlungen durch die Polizei konfrontiert. Wir sind unfairen Asylverfahren ausgesetzt. Wir werden in Abschiebeknäste gesperrt und am Ende abgeschoben. Doch wir werden uns wehren! Wir rufen alle Flüchtlinge und MigrantInnen, egal aus welchen Staaten und Teilen Deutschlands Ihr kommt, auf: Setzt Euch mit uns in Verbindung und bringt Eure Ideen und Vorschläge ein.*"

Das zweite Ziel ist es, der nationalistischen "Standort Deutschland"-Politik eine offensive internationale Position entgegenzusetzen. Die Karawane soll dazu beitragen, einen erneuerten Internationalismus hervorzubringen, der die mörderischen Effekte der Weltwirtschaftsordnung aggressiv angeht, anstatt sich mit dem "Sieg" des Kapitalismus abzufinden. Personifiziert und konkret repräsentiert wird die fundamentale Kritik an der Weltwirtschaftsordnung von MigrantInnen und Flüchtlingen, die Europa aus allen Regionen der Welt erreichen. Im Karawane Flugblatt heißt es dazu: "*Wir werden Deutschland nicht den Gefallen tun, zuzulassen, daß dieses Land seine Verantwortung für Ursachen all der Probleme, die politische Flüchtlinge hervorbringen, einfach verleugnen kann. Deutschland unterstützt anti-demokratische und diktatorische Regime, die zwar die Rechte der Menschen mit Füßen treten, aber gut sind für die deutschen Wirtschaftsinteressen. Billiglöhne für deutsche Investoren bedeuten Rechtlosigkeit für die ArbeiterInnen und Menschen, billige Rohstoffe bedeuten Zerstörung der Umwelt und der sozialen Gemeinschaften. (...) Nigeria wird verwüstet, um billiges Öl für Deutschland zu produzieren. Aber wenn es eine Handvoll Flüchtlinge schafft, der blutrünstigen Diktatur zu entkommen, und hier in Deutschland eintrifft, dann heißt es: 'Tut uns leid, für Euch ist hier kein Platz!'*"

Drittens wird sich die Karawane nicht nur auf Flüchtlinge und deren Probleme konzentrieren, sondern auch einen Bogen schlagen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Sie soll ein Versuch sein, sich der "Teile-und-Herrsche"-Politik, den endlosen Differenzierungen mit ihrem Gegeneinander-Ausspielen der verschiedensten Gruppen zu widersetzen und diese lähmende Situation zu durchbrechen. Damit ist nicht gemeint, die inhaltliche Schärfe aufzugeben und eine belanglose Sauce zu fabrizieren, die nach dem Motto "Allen geht's irgendwie schlecht" rassistische und sexistische Hierarchien leugnet. Die Idee ist vielmehr, die Schärfe beizubehalten und gleichzeitig eine Ausweitung der Themen zu versuchen, so daß die Karawane einen (gegenseitig-solidarischen) Brückenschlag ermöglicht. Gibt es doch in der Logik der politischen, wirtschaftlichen und polizeilichen Angriffe auf verschiedenste Gruppen auch deutliche Übereinstimmungen. Das Karawane Flugblatt dazu: "*Wir müssen uns Gehör verschaffen. Wir müssen unsere gesamten Kräfte zusammenfassen. Wir müssen eine Allianz schmieden aus Flüchtlingen, MigrantInnen, Anti-RassistInnen und all jenen, denen Menschenrechte noch etwas bedeuten. Wir müssen uns bemühen, eine Allianz zu bilden mit den Teilen der deutschen Gesellschaft, die von Arbeitslosigkeit, Unterbezahlung und der Kürzung der Sozialleistungen betroffen sind. Die Lage ist doch so in Deutschland: Während die Arbeitslosigkeit wächst, werden die Reichen immer reicher. Zynische und opportunistische PolitikerInnen verteidigen den Status quo und das politisch-wirtschaftliche System, indem sie jeglichen berechtigten Ärger der Armen auf die Reichen gegen die Flüchtlinge zu wenden versuchen. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir werden der wachsenden Zahl von Armen in Deutschland zeigen, daß die Flüchtlinge von den gleichen Leuten attackiert werden wie sie selbst - und das noch härter. (...) Wir dürfen uns von unserem gemeinsamen Gegner nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir müssen uns zusammentun.*" So schwierig es auch sein mag, dieses Vorhaben zu verwirklichen - es gibt keine Alternative dazu, es zumindest zu versuchen.

Was ist die Karawane?

Das Karawane-Projekt ist Ausdruck der Überzeugung, daß es nicht die richtige Antwort sein kann, angesichts der gegenwärtigen Umstände zu kapitulieren oder sich gar in ihnen einzurichten. Wir wollen und müssen im Gegenteil Strukturen aufbauen, die der law-and-order Politik längerfristig etwas entgegensetzen können, uns also die Möglichkeit geben, die Lage nicht nur zu analysieren, sondern auch praktisch und wirksam zu intervenieren.

Die Karawane stellt die bislang einmalige Chance dar, damit zu beginnen - und diese Chance muß ergriffen werden. Die Idee dabei war nie, daß Bremen einen Treck mit großer Beteiligung auf die Beine stellt (im Sinne einer Wahlkampftour mit allem know-how inklusive), der in den Städten von einigen Personen empfangen wird und dann auf dem örtlichen Marktplatz seine Standard-Show abzieht. Die Karawane besteht vielmehr aus den Beiträgen jeder einzelnen Stadt/Gruppe/Person und soll Anlaß sein, lokal und überregional neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu festigen. Es ist entscheidend, daß sich möglichst viele Menschen an ihrer Planung und Durchführung beteiligen. Das wird mit Hilfe lokaler Vorbereitungsgruppen, die sämtliche vor Ort anfallenden Organisationsarbeiten übernehmen, bewerkstelligt. Die Karawane wird in Hinblick auf ihre thematische Breite und Qualität genau das leisten können, was in den einzelnen Städten von den Vorbereitungsgruppen organisiert wird.

Fest steht, daß bestimmte symbolische Schlüsselorte des staatlichen Rassismus wie der Flughafen Frankfurt/Main, der Abschiebeknast in Büren und einzelne Grenzübergänge angelaufen werden. Drei bundesweit organisierte Flüchtlingsgruppen haben bis jetzt ihre Unterstützung zugesagt, nämlich iranische, kurdische und tamilische Organisationen. Gemeinsam mit den in der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" organisierten Initiativen stellen sie das derzeitige Rückgrat des Projekts dar. Auf dem bis dato letzten bundesweiten Vorbereitungstreffen ist folgende Route festgelegt worden:

Bremen (13.-15.8.) - Hamburg/Norderstedt (16/17.8.) - Kiel (18.8.) - Lübeck (19.8.) - Berlin (20.-22.8.) - Dresden (23.8.) - Leipzig (24.8.) - Aktionen bei ZAST in Tambach bzw. Jena (25.8.) - Göttingen (26.8.) - Kassel (27.8.) - Hannover (28.8.) - Bielefeld (29.8.) - Büren (30.8.) - Osnabrück (31.8.) - Regensburg (2.9.) - München (3.9.) - Stuttgart (4.9.) - Tübingen (5.9.) - Strasbourg (6.9.) - Karlsruhe (7.9.) - Trier (8.9.) - Mainz (9.9.) - Wiesbaden (10.9.) - Frankfurt/Hanau (11/12.9) - 13/14.9. sind noch offen - Bochum (15.9.) - Köln (16. - 20.9)

Die Route schließt die Teilnahme weiterer Städte nicht aus. Neu hinzukommende Städte könnten ihr Programm zeitlich parallel zum schon bestehenden durchführen, so daß die Karawane phasenweise aus zwei Strängen bestünde, die dann wieder zusammenliefen. Auf dem Weg von Stadt zu Stadt soll es Abstecher geben zu markanten Orten des Rassismus bzw. des Widerstandes: Lager und Abschiebeknäste auf der einen Seite, Kirchenasyle auf der anderen etc. Der Transfer zwischen den einzelnen Städten wird voraussichtlich mit Bussen erfolgen. Jede Stadt ist für die Unterbringung, Verpflegung und Weiterreise ebenso verantwortlich, wie für das lokale Programm.

Zusammengefaßt besteht die Karawane somit aus folgenden Teilen: den Gruppen, Organisationen und Personen, die die lokalen und regionalen Aktionen im Herbst vorbereiten, bzw. deren Kommunikation und Vernetzung; den Aktionen, dem Programm und den inhaltlichen Schwerpunkten in den einzelnen Städten sowie den dabei von den lokalen Vorbereitungskomitees mobilisierten Menschen; den Personen, die im August und September von Stadt zu Stadt ziehen werden; der Nachbereitung aller Aktivitäten, die von August bis September stattfinden werden; dem über den September hinaus bestehen Netzwerk und dessen weiterer lokaler und bundesweiter Aktivität.

Die bundesweite Koordination des Projekts erfolgt über das Büro des Internationalen Menschrechtsverein Bremen. Die Arbeit umfaßt das Erstellen und Übersetzen von Protokollen ebenso, wie die Bearbeitung von eingehenden Anfragen und das Kontakthalten mit den einzelnen Städten, um über die aktuellen Planungen informiert zu sein und diese aufeinander abstimmen zu können. Der Aufwand hierfür ist erheblich und kann mit den ehrenamtlichen Kräften kaum mehr bewältigt werden. Von daher wäre es notwendig, eine Person für die Zeit der Karawane fest anzustellen, damit diese die Koordination effizienter und flexibler gestaltet. Hierfür fehlen allerdings bislang die finanziellen Mittel. Darüber hinaus ist das gesamte Projekt mit erheblichen Kosten verbunden, unter anderem für Telefon und Postverschickungen, Flugblätter und Plakate, für Versorgung, Unterbringung und Transfer der TeilnehmerInnen etc. Das Bremer Vorbereitungskomitee im IMRV-Büro ist deshalb dringend auf Spenden angewiesen, die an den Internationalen Menschenrechtsverein Bremen Stichwort "Karawane" überwiesen werden sollten. Alle, die das Projekt darüberhinaus unterstützen, in den lokalen Vorbereitungskomitees mitarbeiten oder gar eine neue Station anbieten wollen, können sich an den IMRV in Bremen werden, von wo aus sie mit den nötigen lokalen Adressen und weiteren Informationen versorgt werden.

Kontakt: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen
Kornstr. 51
28201 Bremen
Tel. 0421/55 77 093
Fax 0421/55 77 094
e-mail: mail@humanrights.de
http://www.humanrights.de
Konto-Nr. 1073 9282 bei der Sparkasse Bremen BLZ 290 501 01

---

[i] Nicht klar ist allerdings, wie es mit den immer noch etwa 300.000 Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien (darunter 200.000 BosnierInnen) in diesem Jahr weitergehen soll, d.h. ob der Ausreisetrend ungebrochen anhält, oder ob demnächst eine Art toter Punkt erreicht wird an dem neue Initiativen von Seiten der Behörden nötig werden.
[ii] Hans-Burkhard Richter: "Probleme der Zuwanderung am Beispiel Berlins", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B46/97
[iii] Hans-Burkhard Richter: "Probleme der Zuwanderung am Beispiel Berlins", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B46/97
[iv] Meinhard Miegel: "Zuwanderung und Sozialstaat", in: Steffen Angenendt (Hg.), Migration und Flucht, München, 1997



Termine im Juni

Fr. 5.6. *solikonzert* der antifa-jugendfront, u.a. graue zellen 21.00 uhr große halle

Sa. 6.6. junguerilla *dancehall/jungle/drum'n bass* ab 21.00 uhr
„sister quake“ (leoncavallo), „sister hood“ und neil + roman (basemant)
erlös für die antifaschistische arbeit

Di. 10.6. vollmond orchester ab 21.00 uhr, große halle

Mi. 11.6. *film* „trainstopping“ 19.00 Uhr, große halle
ein video über den widerstand gegen den castortrtansport nach ahaus im märz '98

veranstaltung gegen bildungsklau ab 20.00 uhr im ersten stock

Do. 12.6. *soliparty* für die „antifaschistische gruppe hamburg“ ab 21.00 uhr
an evening of finest drum & bass and reagge music
„schrille rille“ meets björn dread - „richtig wichtig“ & lars vegas are engeneering!

Fr. 13.6. *konzert* mit „waldschrat“ und überraschungsbands, ab 21.00 uhr, große halle

Sa. 14.6. *frauenfrühstück* ab 11.30 uhr, flora-vokü

Fr. 20.6. „hunger satt!“ *performance* mit liedern, texten und bewegung einlaß 21.00 uhr
anschließend party in der kürzesten nacht des jahres

Sa. 21.6. jamaica fi champion ! ab 15.00 uhr
wm-spiel jamaica - argentinien auf großbildleinwand (ab 17.30 uhr), dazu socco, calypso, roots, dub, ragga on epicenta soundset
außerdem; caribbean food, bowle- und milkshakebar, torwandschießen und tischkicker

26. - 28. 06. 100 jahre hustensaft - als heroin noch nicht tödlich war;
aktionswochenende gegen heroinverbot und staatliche rauschverwaltung
(genaueres s. text im heft)

